
INSTITUT FÜR WELTWIRTSCHAFT AN DER UNIVERSITÄT KIEL
Prognose-Zentrum



Deutsche Konjunktur im Frühjahr 2011



Abgeschlossen am 9. März 2011
(Erscheint demnächst als Kieler Diskussionsbeitrag 490/491)

Inhalt

Produktion überschreitet die Normalauslastung – Expansion setzt sich verlangsamt fort	3
Weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen	6
Strukturelles Budgetdefizit sinkt nur wenig	10
Exportdynamik bleibt hoch	10
Binnennachfrage: Investitionsaufschwung setzt sich fort	14
Preisauftrieb verstärkt sich	21
Steigende Beschäftigung, sinkende Arbeitslosigkeit	22
Budgetdefizit des Staates sinkt kräftig	27
Ausblick: Kapazitätsauslastung nimmt weiter zu	31
Literatur	35

Produktion überschreitet die Normalauslastung – Expansion setzt sich verlangsamt fort

Alfred Boss, Dominik Groll, Nils Jannsen, Stefan Kooths, Björn van Roye und Joachim Scheide

Zusammenfassung:

Die konjunkturelle Erholung ist in Deutschland mittlerweile so weit fortgeschritten, dass die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten in diesem Jahr wieder normal ausgelastet sind. Im kommenden Jahr nimmt die Kapazitätsauslastung weiter zu, auch wenn das Tempo der Expansion etwas nachlassen wird. In der ersten Hälfte des laufenden Jahres erwarten wir eine leicht beschleunigte Produktionsausweitung, weil witterungsbedingte Ausfälle nachgeholt werden und die zuletzt etwas schwächere Investitionstätigkeit wieder anziehen dürfte. Für das Gesamtjahr prognostizieren wir einen Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes um 2,8 Prozent. Verwendungsseitig wird der anhaltende Aufschwung in diesem Jahr zu zwei Dritteln von der Binnennachfrage getragen. Insbesondere die private Investitionsnachfrage bleibt deutlich aufwärts gerichtet. Im nächsten Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung um 1,6 Prozent zulegen. Das Expansionstempo verlangsamt sich, weil die expansiven Impulse aus dem Export etwas schwächer werden und im Inland nach und nach endogene Kräfte wirken, welche die Konjunktur dämpfen oder zumindest weniger anschieben. Hierzu zählen vor allem eine leichte Eintrübung der monetären Rahmenbedingungen und eine Verringerung der Gewinnmargen. Die Beschäftigungsentwicklung bleibt im gesamten Prognosezeitraum aufwärts gerichtet – wenn auch mit nachlassender Dynamik. Mit Arbeitslosenquoten von 7,1 Prozent in diesem und 6,7 Prozent im nächsten Jahr nähert sich Deutschland der Vollbeschäftigung. Die jahresdurchschnittliche Inflationsrate dürfte zwar im kommenden Jahr mit 2,0 Prozent niedriger ausfallen als in diesem Jahr, für das wir einen Verbraucherpreisanstieg von 2,2 Prozent erwarten. In der Entwicklung der Lohnstückkosten, die im Verlauf des Prognosezeitraums spürbar anziehen dürften, ist aber eine binnenwirtschaftlich verankerte Tendenz zu einer steigenden Teuerungsrate angelegt.

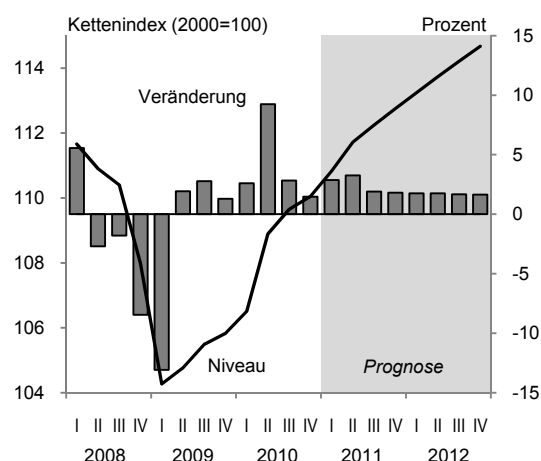
Kästen:

- 1: Hat sich der Zusammenhang zwischen konjunktureller Entwicklung und Lagebeurteilung der Unternehmen geändert? (Seite 4)
- 2: Welchen Einfluss haben die Witterungsbedingungen auf die Bauinvestitionen? (Seite 18)
- 3: Zum Einfluss der Konjunkturpakete auf die Investitionen des Staates (Seite 20)
- 4: Zum Einfluss eines Ölpreisanstiegs auf die Konjunktur (Seite 23)
- 5: Arbeitnehmerfreizügigkeit, doppelte Abiturjahrgänge und Erwerbspersonenpotential (Seite 28)

Der konjunkturelle Aufschwung in Deutschland dauert an. Zwar hat sich das Expansionstempo gegen Ende des vergangenen Jahres abgeschwächt, gleichwohl erhöhte sich die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung weiter. Trotz der nach wie vor bestehenden Unsicherheit an den Finanzmärkten im Zusammenhang mit der Staatsschuldenkrise im Euroraum haben sich die Stimmungsindikatoren bis zuletzt verbessert, zum Teil erreichten sie sogar neue Höchststände. Von daher ist damit zu rechnen, dass sich die Aufwärtsbewegung in diesem Jahr fortsetzt. Allerdings zeigen unsere Analysen, dass die Umfragewerte zum Geschäftsklima die tatsächliche konjunkturelle Dynamik etwas überzeichnen (Kasten 1).

Im Schlussquartal 2010 hat sich die konjunkturelle Expansion abgeflacht, das Bruttoinlandsprodukt nahm mit einer laufenden Jahresrate von 1,5 Prozent zu, nach 2,8 Prozent im Vorquartal (Abbildung 1). Dabei sank die inländische Nachfrage sogar um 1,6 Prozent; hierzu trug der witterungsbedingte Einbruch der Bauinvestitionen bei, aber auch die Lagerinvestitionen gingen zurück. Die Ausrüstungsinvestitionen verloren etwas an Schwung, ihre Zunahme war mit rund 10 Prozent aber immer

Abbildung 1:
Bruttoinlandsprodukt 2008–2012



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; Prognose des IfW.

Kasten 1:

Hat sich der Zusammenhang zwischen konjunktureller Entwicklung und Lagebeurteilung der Unternehmen geändert?

Das Geschäftsklima sowie dessen Komponenten, die Lagebeurteilung und die Erwartungen der Unternehmen, sind gute Konjunkturindikatoren für Deutschland. So weist die Lagebeurteilung der Unternehmen auf Jahresdatenbasis einen hohen Gleichlauf mit der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts auf (Abbildung K1-1).

Ein Regressionsmodell für den Zeitraum von 1960 bis 2010 zeigt, dass die Lagebeurteilung der Unternehmen einen Erklärungsbeitrag für die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts liefert:

$$dy_t = -4,0 + 0,53dy_{t-1} + 0,23dy_{t-2} + 0,25 Lage_t - 0,21 Lage_{t-1} + u_t \quad (1)$$

(1,8) (5,0) (2,6) (13,5) (6,8)

t-Werte in Klammern, $R^2 = 0,83$,

wobei dy_t für die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts steht und $Lage_t$ für die Lagebeurteilung der Unternehmen. Seit 2002 scheint die Lagebeurteilung die konjunkturelle Entwicklung jedoch systematisch zu überschätzen. Ein statistischer Test bestätigt die Beobachtung einer Veränderung des Zusammenhangs zwischen Lagebeurteilung und Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts und weist auf einen Strukturbruch bei der Lagebeurteilung für das Jahr 2003 hin.^a Die Berücksichtigung des Strukturbruchs im Jahr 2003 ergibt

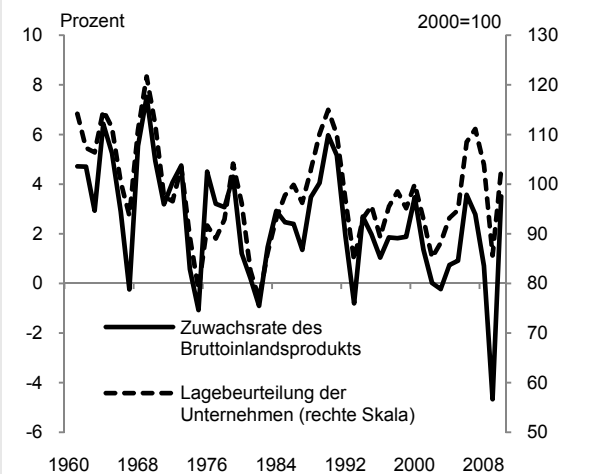
$$dy_t = -7,87 + 0,29dy_{t-1} + 0,11dy_{t-2} + 0,25 Lage_t - 0,15 Lage_{t-1} - 0,014 dum(2003)_t \cdot Lage_t + u_t \quad (2)$$

(3,3) (2,4) (1,3) (14,3) (4,5) (3,1)

t-Werte in Klammern, $R^2 = 0,86$,

wobei $dum(2003)_t$ eine Dummy-Variable darstellt, die vor dem Jahr 2003 den Wert 0 annimmt und danach den Wert 1. Modell (2) ist statistischen Tests zufolge strukturalter und die Residuen sind frei von Autokorrelation. Der Parameterwert für den Interaktionsterm zwischen Dummy-Variable und Lagebeurteilung zeigt an, dass eine gegebene Lagebeurteilung der Unternehmen seit 2003 mit einer geringeren Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts einhergeht. Liegt die Lagebeurteilung beispielsweise bei einem Wert von 100, der in etwa der durchschnittlichen Beurteilung der Unternehmen zwischen den Jahren 1960 bis 2010 entspricht, so ist die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts für sich genommen seit dem Jahr 2003 dem Modell zufolge um 1,4 Prozentpunkte niedriger zu veranschlagen als zuvor. Modell (2) bildet die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts seit 2003 besser ab als Modell (1) (Abbildung K1-2).

Abbildung K1-1:
Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts und Lagebeurteilung der Unternehmen 1960–2010



Jahresdaten; preisbereinigt; Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr.

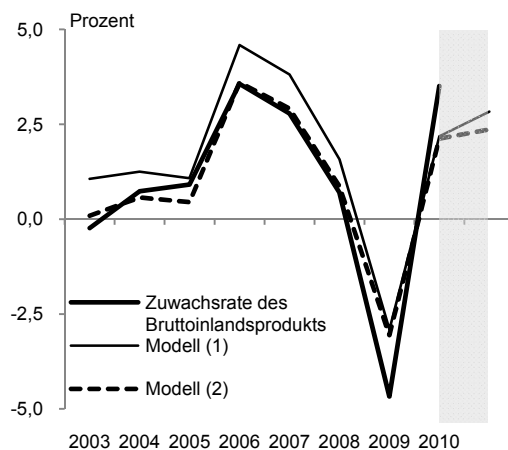
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

Die Berücksichtigung eines Strukturbruchs kann für die Prognose der Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts eine bedeutende Rolle spielen. Unterstellt man für das Jahr 2011 beispielsweise eine durchschnittliche Lagebeurteilung der Unternehmen in Höhe von 108, so würde Modell (1) eine Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 2,8 prognostizieren, Modell (2) hingegen eine Zuwachsrates in Höhe von 2,4 Prozent.

Eine niedrigere Prognose auf Basis des Modells (2) muss sich nicht für jedes Jahr ergeben, da die Modelle neben dem Interaktionsterm auch in den geschätzten Parameterwerten zum Teil deutlich voneinander abweichen. So zeigen beide Modelle für die Jahre 2009 und 2010 nahezu eine identische Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts an. Gleichwohl deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die Lagebeurteilung der Unternehmen und somit auch das Geschäftsklima, das neben den Unternehmenserwartungen auf der Lagebeurteilung basiert, die derzeitige konjunkturelle Entwicklung überzeichnet. Dafür spricht derzeit auch die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe. So beurteilen die Unternehmen ihre derzeitige Lage bereits wieder besser als vor der Rezession, obwohl ihre Kapazitätsauslastung den Befragungen zufolge noch deutlich niedriger ist.

^aAls Testverfahren wird der Andrews-Ploberger-Test verwendet.

Abbildung K1-2:
Zuwachsrates des Bruttoinlandsprodukts gemäß Modell (1) und gemäß Modell (2) 2003–2011



Jahresdaten; preisbereinigt; Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr. 2011: Modellprognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt *Fachserie 18, Reihe 1.2*;

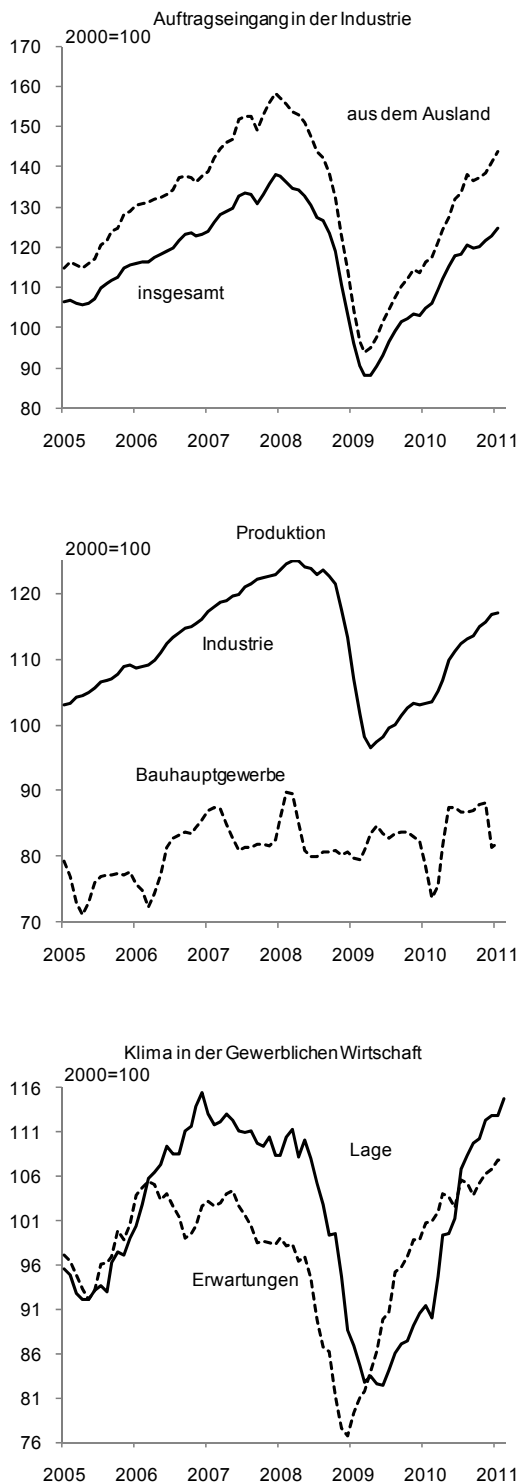
noch beträchtlich. Dagegen war der Anstieg der privaten Konsumausgaben nur verhalten. Hier dürfte die Beschleunigung des Preisauftriebs gebremst haben. Der Rückgang der inländischen Verwendung wurde überkompensiert durch die Zunahme des Außenbeitrags.

Im vergangenen Jahr legte das Bruttoinlandsprodukt um 3,6 Prozent zu, die Zuwachsrates im Verlauf war mit 4,0 Prozent sogar noch etwas höher. Damit wurden rund drei Viertel des Einbruchs im Vorjahr wettgemacht. Der Aufschwung hat an Breite gewonnen. Im Jahresergebnis kam der größte Beitrag zur Expansion von der inländischen Verwendung; dabei stiegen sowohl die Konsumausgaben als auch die Investitionen. Aber auch vom Außenhandel kamen positive Impulse, die Exporte nahmen deutlich rascher zu als die Importe, nachdem sie im Jahr zuvor besonders kräftig eingebrochen waren.

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich weiter verbessert. Im Verlauf des Jahres 2010 legte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um rund 550 000 zu. Die Zahl der Arbeitslosen (in der Definition der Bundesagentur für Arbeit) ist innerhalb eines Jahres um reichlich 300 000 zurückgegangen. Sie lag im Februar dieses Jahres bei 3,07 Mill., das entspricht einer Arbeitslosenquote von 7,3 Prozent. Die Zahl der Kurzarbeiter verringerte sich in den vergangenen Monaten auf schätzungsweise 150 000.

Der Preisauftrieb hat sich in den vergangenen Monaten auf allen Ebenen beschleunigt, getrieben vor allem durch den Anstieg der Preise für Energie. Die Verbraucherpreise zogen so deutlich an wie seit rund drei Jahren nicht mehr. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres betrug die Inflationsrate im Vorjahresvergleich jeweils 2,0 Prozent.

Abbildung 2:
Konjunkturindikatoren 2005–2011



Monatsdaten, saisonbereinigt. Auftragseingang und Produktion als gleitender Dreimonatsdurchschnitt.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

Für das erste Quartal dieses Jahres erwarten wir, dass das Bruttoinlandsprodukt kräftig – mit einer laufenden Jahresrate von 2,9 Prozent – zunimmt. Die Bauinvestitionen dürften sich nach dem witterungsbedingten Rückgang gegen Ende des Jahres 2010 leicht erholen. Auch die üblichen Frühindikatoren sprechen für einen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion, wenn auch die Signale unterschiedlich sind. Markant verbessert hat sich bis zuletzt das Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft. Hingegen deuten die harten Fakten nicht auf einen schwungvollen Start in das Jahr hin. So hat sich sowohl der Anstieg der Auftragseingänge in der Industrie als auch die Zunahme der Industrieproduktion gegen Jahresende etwas abgeflacht (Abbildung 2).

Alles in allem spricht einiges dafür, dass die zugrundeliegende konjunkturelle Dynamik am aktuellen Rand etwas höher ist, als wir dies im vergangenen Dezember erwartet haben. Vor allem stellt sich das außenwirtschaftliche Umfeld deutlich günstiger dar. Daher rechnen wir nun damit, dass das Bruttoinlandsprodukt in diesem Jahr um 2,8 statt um 2,3 Prozent zunimmt. Insbesondere wird der Expansionsbeitrag des Außenhandels höher sein als zuvor geschätzt. Im kommenden Jahr dürfte sich der Aufschwung fortsetzen, wenn auch in etwas langsamerem Tempo. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte im Jahr 2012 um 1,6 Prozent zunehmen. Dabei mindert der Arbeitstageffekt die Zuwachsrates um 0,2 Prozentpunkte.

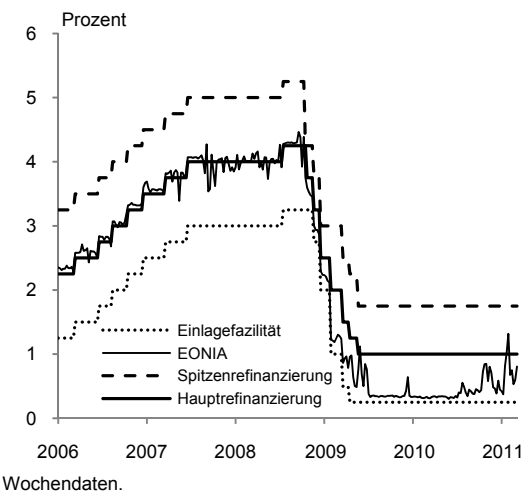
Weiterhin günstige Finanzierungsbedingungen

Die monetären Rahmenbedingungen entwickelten sich in den vergangenen Monaten uneinheitlich. Auf der einen Seite haben sich die Finanzierungskosten der Unternehmen erhöht und die Verspannungen an den Finanzmärkten im Zuge der Schuldenkrise einzelner Länder im Euroraum nahmen wieder etwas zu. So stieg der von uns berechnete Finanzmarktstressindi-

kator am aktuellen Rand etwas (Boysen-Hogrefe et al. 2011a). Auf der anderen Seite sind die Refinanzierungskosten von Finanzinstituten durch die günstige Liquiditätszufuhr der Europäischen Zentralbank (EZB) noch immer außerordentlich niedrig. Zudem deuten Umfragedaten auf eine leichte Verbesserung der Kreditvergabestandards hin. Ferner verbesserte die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar Ende des vergangenen Jahres die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen.

Die (EZB) hat ihre Niedrigzinspolitik fortgesetzt und beließ den Hauptrefinanzierungssatz bei 1 Prozent (Abbildung 3). Die Offenmarktgeschäfte wurden wie gehabt als Mengentender

Abbildung 3:
Leitzinsen und Tagesgeldsätze im Euroraum 2006–2010

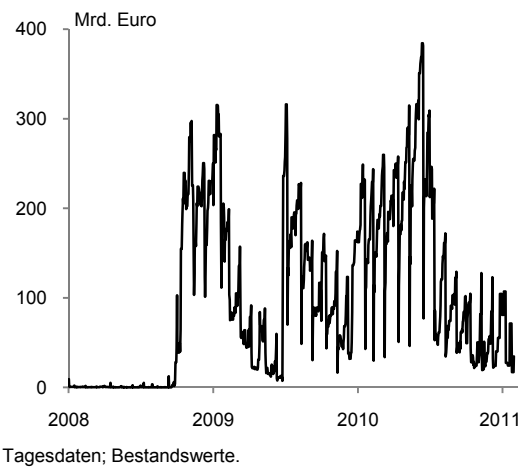


Wocheenddaten.
Quelle: EZB, Monatsbericht.

mit unbegrenzter Zuteilung durchgeführt. Dabei sind die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte mit einer Laufzeit von sechs und zwölf Monaten ausgelaufen; bis Ende Juni werden lediglich Refinanzierungsgeschäfte mit dreimonatiger Laufzeit zugeteilt. Zuletzt hat sich die Volatilität am Geldmarkt etwas erhöht. Der Zinssatz für Tagesgeld (EONIA) schwankte deutlich und erreichte zwischenzeitlich sogar ein Niveau oberhalb des Hauptrefinanzierungssatzes; die vorübergehend hohe Liquiditätsnachfrage am Geldmarkt steht im Einklang mit der relativ schwachen Nachfrage nach Refinan-

zierungsgeschäften im Dezember und Januar. Sie beschleunigte sich im Februar jedoch deutlich. Der Liquiditätsüberschuss der Geschäftsbanken, der sich in der Inanspruchnahme der Einlagefazilität widerspiegelt, hat sich in den vergangenen Monaten weiter zurückgebildet (Abbildung 4). Der Zinssatz für unbesichertes

Abbildung 4:
Inanspruchnahme der Einlagefazilität im Euroraum 2008–2011

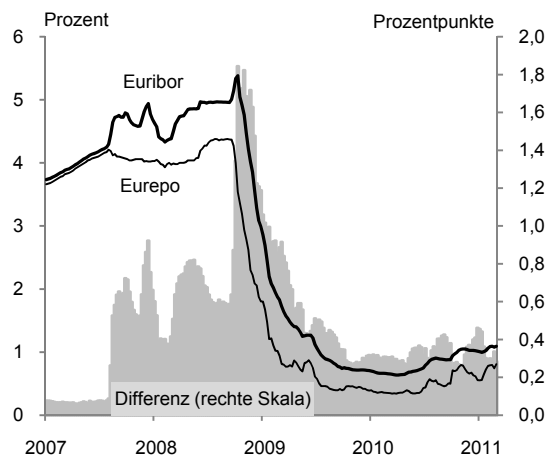


Tagesdaten; Bestandswerte.
Quelle: EZB, Monatsbericht.

Dreimonatsgeld (Euribor) hat sich seit Oktober vergangenen Jahres bei ungefähr 1 Prozent eingependelt (Abbildung 5). Da der Zinssatz für besichertes Dreimonatsgeld (Eurepo) im Januar etwas stieg, nahm der Zinsaufschlag zwischen den beiden Größen, der als Risikobepreisung interpretiert werden kann, etwas ab; zuletzt lag der Risikoaufschlag bei unter 0,3 Prozentpunkten. Insgesamt deutet sich eine allmähliche Normalisierung am Geldmarkt an.

Die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen haben sich uneinheitlich entwickelt. Während sich die Finanzierungskosten an den Anleihemärkten verteuerten entspannte sich die Lage am Kreditmarkt etwas. Die Rendite deutscher Unternehmensanleihen stieg in den vergangenen Monaten geringfügig und erreichte im Januar knapp 4 Prozent (Abbildung 6). Die Zinsen für Unternehmenskredite stiegen zuletzt etwas (Abbildung 7). Auch die Rendite für Bankschuldverschreibungen war aufwärts-

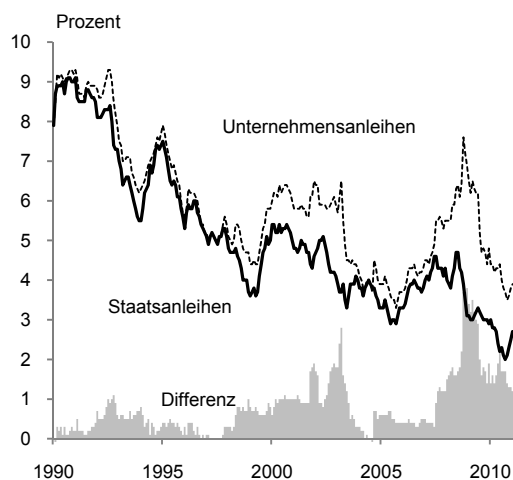
Abbildung 5:
Zinssätze für Dreimonatsgeld 2007–2010



Wochendaten; Euribor: Zinssatz für besichertes Dreimonatsgeld; Eurepo: Zinssatz für unbesichertes Dreimonatsgeld.

Quelle: EZB, *Monatsbericht*; eigene Berechnungen.

Abbildung 6:
Kapitalmarktzinsen 1990–2011

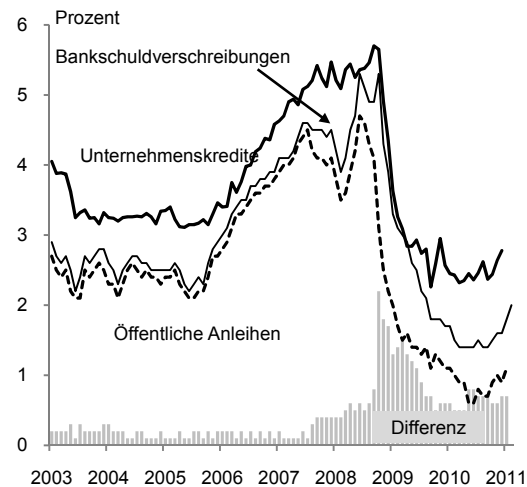


Monatsdaten, Renditen; Unternehmensanleihen mit mittlerer Restlaufzeit von über drei Jahren; Staatsanleihen mit 5-jähriger Laufzeit.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; eigene Berechnungen.

gerichtet. Die Aufschläge gegenüber Bundesanleihen verringerten sich allerdings etwas. Umfragedaten zeigen eine leichte Entspannung der Lage auf den Kreditmärkten an. So sind laut dem *Bank Lending Survey* der EZB die Kreditvergabestandards gelockert worden. Zudem

Abbildung 7:
Kredit- und Kapitalmarktzinsen 2003–2011



Monatsdaten, Zinsen und Renditen; Unternehmenskredite über 1 Mill. Euro mit variabler Verzinsung oder Zinsbindung bis zu einem Jahr; öffentliche Anleihen mit einer Restlaufzeit von 1–2 Jahren; Differenz: Renditeabstand zwischen Bank-schuldverschreibungen und öffentlichen Anleihen.

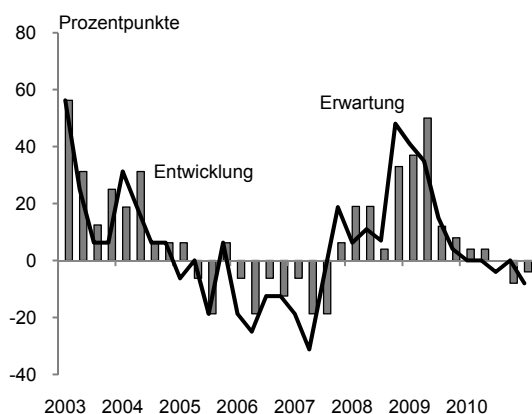
Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; eigene Berechnungen.

wird für die nächsten drei Monate eine weitere Lockerung erwartet (Abbildung 8). Ferner zeigt die Umfrage zur ifo-Kredithürde, dass sich der Anteil der Unternehmen, die eine restriktive Kreditvergabe seitens der Banken berichten, weiter verringert hat (Abbildung 9). Hier spielte die Unternehmensgröße keine große Rolle mehr, nachdem während der Finanzkrise hauptsächlich große Unternehmen über eine restriktive Kreditvergabe berichtet hatten. Alles in allem bleiben die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen günstig; das Zinsniveau ist im historischen Vergleich ausgesprochen niedrig.

Im Jahr 2011 dürfte die Geldpolitik der EZB weiterhin expansiv ausgerichtet bleiben. Zwar hat sie durch das Auslaufen von Refinanzierungsgeschäften mit sechsmonatiger und einjähriger Laufzeit dem Markt bereits Liquidität entzogen. Sie dürfte aber den Hauptrefinanzierungssatz in der ersten Jahreshälfte jedoch bei 1 Prozent belassen (Tabelle 1). Zunächst werden wohl die längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte weiter zurückgenommen und die Mengentender auf die sonst üblichen Zinstender umgestellt werden. Aufgrund des beschleunig-

ten Preisauftriebs und leicht zunehmender Inflationserwartungen dürfte die EZB jedoch in der zweiten Jahreshälfte mit Zinserhöhungen beginnen. Dafür spricht auch die die Zinsprojektion mittels einer empirischen Reaktionsfunktion der EZB (Boysen-Hogrefe et al. 2011a). Die Terminzinsen für Dreimonatsgeld

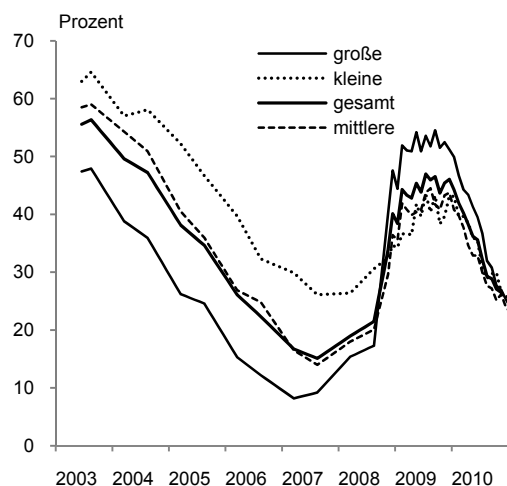
Abbildung 8: Vergabestandards für Unternehmenskredite 2003–2011



Quartalsdaten; Saldo des Anteils der Banken, welche eine Anhebung der Standards angeben, und Banken, die über eine Lockerung berichten; Entwicklung: in den vergangenen drei Monaten; Erwartung: für die kommenden drei Monate.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Bank Lending Survey*.

Abbildung 9: Kreditürde nach Unternehmensgröße 2003–2011



Monatsdaten ab November 2008; Anteil der Firmen, die über eine restriktive Kreditvergabe seitens der Banken berichten.

Quelle: ifo, *Schnelldienst*.

zogen in den vergangenen Wochen spürbar an. Eine Zinsanhebung ist angesichts der prognostizierten Inflationsrate und Produktionslücke der Reaktionsfunktion zufolge angemessen. Wir erwarten, dass die EZB die Zinsen bis zum Prognosezeitraum bis auf 2,5 Prozent anheben. Mit der allmählichen Normalisierung der Geldpolitik dürften im Prognosezeitraum auch der Tagesgeldzins und die langfristigen Zinsen wieder etwas steigen.

Tabelle 1: Rahmendaten für die Konjunktur 2010–2012

	2010				2011				2012			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Leitzins der EZB	1,5	1,1	1,0	1,0	1,0	1,0	1,2	1,3	1,5	1,8	2,3	2,5
Langfristige Zinsen	3,1	3,4	3,3	2,6	3,2	3,2	3,4	3,4	3,5	3,6	3,8	3,9
US-Dollar/Euro	1,30	1,36	1,43	1,36	1,36	1,38	1,38	1,38	1,38	1,38	1,38	1,38
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit	90,2	88,3	87,8	88,3	88,2	88,6	88,6	88,5	88,1	88,1	88,1	88,1
Industrieproduktion im Ausland	9,7	9,5	1,8	5,5	1,9	2,0	2,8	2,7	1,5	1,4	2,6	2,3
Rohölpreis	76,7	78,1	76,5	87,2	107,8	110,0	105,0	100,0	95,0	95,0	95,0	95,0

Leitzins der EZB: Hauptrefinanzierungssatz; Langfristige Zinsen: Rendite 9–10-jähriger Bundesanleihen; Preisliche Wettbewerbsfähigkeit: gegenüber 36 Ländern auf Basis von Deflatoren für den Gesamtumsatz, Index: 1991 I = 100, steigende Werte bedeuten eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit; Industrieproduktion im Ausland: in 45 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export, Veränderung gegenüber Vorquartal, Jahresrate. Rohölpreis: US-Dollar je Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB, *Monatsbericht*; Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; IMF, *International Financial Statistics*; eigene Berechnungen. Ab 2011 I: Prognose des IfW.

Für die Prognose unterstellen wir einen konstanten Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar von 1,38. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wird sich im Prognosezeitraum zunächst wohl leicht verschlechtern, nachdem sie sich im vergangenen Jahr spürbar verbessert hatte.

Strukturelles Budgetdefizit sinkt nur wenig

Die Finanzpolitik ist im Jahr 2011 auf einen Konsolidierungskurs eingeschwenkt (Tabelle 2). Der Bund hat Abgaben erhöht und Ausgaben gekürzt, um den Anforderungen der Schuldenbremse gerecht zu werden (BMF 2010); das Budgetdefizit des Staates insgesamt wird deshalb wohl um rund 8 Mrd. Euro geringer ausfallen, als es sonst der Fall wäre. Darüber hinaus müssen Kreditinstitute mit Ausnahme der Förderbanken gemäß dem „Restrukturierungsgesetz“ eine Abgabe zahlen; die Mittel sollen gespart und zur Finanzierung künftiger Restrukturierungs- und Abwicklungsmaßnahmen bei systemrelevanten Banken dienen. Auch etliche Länder haben Maßnahmen beschlossen, um einem strukturell ausgeglichenen Budget näher zu kommen; einige Länder haben die Grunderwerbsteuer erhöht. Viele Gemeinden wollen ihre Haushalte konsolidieren und haben zu diesem Zweck vor allem Gebühren, aber auch die Grundsteuer angehoben und neue Abgaben eingeführt. Schließlich sind Konsolidierungsmaßnahmen in der Sozialversicherung in Kraft getreten; insbesondere wurde der Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung zu Beginn des Jahres 2011 um 0,6 Prozentpunkte auf 15,5 Prozent angehoben. Hinzu kommt eine Vielzahl von – stimulierenden oder dämpfenden – Maßnahmen, die zum Teil in den Vorjahren in Kraft traten. Insgesamt wird das strukturelle Budgetdefizit des Staates im Jahr 2011 im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt wohl um 0,5 Prozentpunkte sinken.

Im Jahr 2012 dürfte der Konsolidierungskurs auf allen Ebenen – wenngleich abgeschwächt – fortgesetzt werden. Zur Abnahme des Defizits trägt auch die heimliche Einkommensteuererhöhung bei; sie beläuft sich im Jahr 2012 bei dem von uns erwarteten Einkommensanstieg auf 3,5 Mrd. Euro. Mindereinnahmen in Höhe von 0,8 Mrd. Euro für Bund, Länder und Gemeinden zusammen sind hingegen zu erwarten, weil das Steuerrecht – u. a. durch eine Erhöhung der Werbungskostenpauschale für Einkünfte aus unselbständiger Arbeit – vereinfacht wird (BMF 2011a). Die Finanzmarkttransaktionssteuer wird vermutlich nicht eingeführt werden (Boss et al. 2010b: 41). Das strukturelle Budgetdefizit des Staates wird im Jahr 2012 wohl um 0,4 Prozentpunkte verringert werden.

Exportdynamik bleibt hoch

Die Ausfuhren legten im vierten Quartal 2010 trotz der Abschwächung der Konjunktur in der Weltwirtschaft im zweiten Halbjahr mit einer laufenden Jahresrate von 10,2 Prozent ähnlich kräftig zu wie im Vorquartal (Abbildung 10). Der Anstieg der Einfuhren fiel dagegen aufgrund des Abflauens der Binnenkonjunktur mit 3,8 Prozent relativ niedrig aus (Abbildung 11). Folglich trug der Außenhandel, wie schon im dritten Quartal, 0,7 Prozentpunkte zur Expansion des Bruttoinlandsprodukts bei.

Die Ausfuhren in die Absatzregionen entwickelten sich sehr unterschiedlich. So legten die nominalen Warenausfuhren nach China mit einer laufenden Jahresrate von mehr als 50 Prozent sprunghaft zu, nachdem sie sich im Verlauf des Sommerhalbjahrs 2010 nur unterdurchschnittlich entwickelt hatten. Die Ausweitung der Ausfuhren in den übrigen asiatischen Raum ging dagegen nochmals zurück. Auch die Expansion der Lieferungen in die Europäische Union verlangsamte sich deutlich. Dies betraf etwa in gleichem Maße den Euroraum und die Länder der übrigen Europäischen

Produktion überschreitet die Normalauslastung – Expansion setzt sich verlangsamt fort

Tabelle 2:
Budgetwirkungen finanzpolitischer Maßnahmen 2011–2012

	2011	2012
A. „Zukunftspaket“ des Bundes		
Steuern ^a	4,6	4,7
Sonstige Einnahmen	0,7	0,7
Personalausgaben und Sachaufwendungen	1,7 ^b	2,7 ^b
Sozialleistungen	0,9 ^b	1,5 ^b
Zusammen	7,9	9,6
B. Sonstige Maßnahmen		
Schrittweise Abschaffung der Eigenheimzulage	1,2	2,4
Befristete Einführung der degressiven Abschreibung auf bewegliche Wirtschaftsgüter	0,1	1,9
Reduktion der Unternehmenssteuern	-1,6	-2,1
Erhöhung der absetzbaren Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge	-2,4	-2,5
Änderung des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung	1,5	1,5
Förderung der Kurzarbeit (Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen)	1,1	1,4
Änderung des Satzes der Insolvenzgeldumlage	-2,8	-2,1
Ausweitung der öffentlichen Investitionen im Rahmen der „Konjunkturpakete“	0,5	5,2
Endogene Reaktion der öffentlichen Investitionen	-0,9	-4,4
Eingriffe in die Rentenformel ^c	-1,7	-0,3
Anhebung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung	5,1	5,3
Kürzung der Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung	2,0	2,1
Erhöhung des Regelsatzes des Arbeitslosengeldes II, Ausweitung der Sachleistungen für Kinder (Bildungspaket)	-1,5	-1,5
Einführung einer Bankenabgabe	1,0	1,0
Steuersenkung u. a. im Rahmen der Vereinfachung des Steuerrechts ^d	-1,2	-1,7
Heimliche Einkommensteuererhöhung	2,7	6,2
Erhöhung der Abgaben der Länder und der Gemeinden	0,5	0,7
Kürzung der Ausgaben der Länder und der Gemeinden	0,7	1,0
Zusammen	4,3	14,1
C. Insgesamt (Saldo)	12,2	23,7
Insgesamt, im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt	0,5	0,9
Insgesamt (Saldo), im Vergleich zum Vorjahr	12,2	11,5
dito, im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt	0,5	0,4

Auswirkungen auf den Budgetsaldo des Staates – gemessen an den Verhältnissen im Jahr 2010 – in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; Mrd. Euro. — ^aEinführung einer Luftverkehrsabgabe und einer Kernbrennstoffsteuer, Anhebung der Tabaksteuer, Reduktion der Energiesteuer- und der Stromsteuervergünstigung; ohne Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer. — ^bEigene Schätzung. — ^cAusschließlich der Auswirkungen auf den Regelsatz des Arbeitslosengeldes II und vergleichbarer Sozialleistungen. — ^dGesetzentwurf zum Steuervereinfachungsgesetz 2011, Jahressteuergesetz 2010, Ausweitung der Agrardiesel-Steuervergütung.

Quelle: BMF, *Finanzbericht*; BMF (2010, 2011a); eigene Berechnungen.

Union. Die Exporte in die von einer Schuldenkrise betroffenen Länder expandierten sogar recht kräftig, nachdem sie im Vorquartal noch deutlich zurückgegangen waren.¹

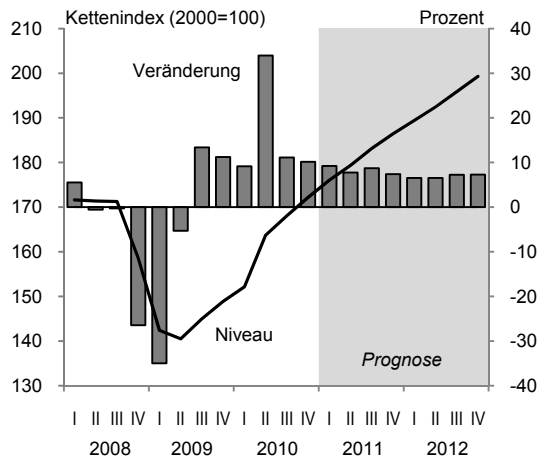
Auch in der Zusammensetzung der Ausfuhren nach Wirtschaftsbereichen haben sich im Vergleich zum dritten Quartal größere Verschiebungen ergeben. So gingen die Ausfuhren

von chemischen Erzeugnissen und Konsumgütern im vierten Quartal spürbar zurück, nachdem sie im dritten Quartal mit laufenden Jahresraten von rund 15 Prozent noch kräftig expandierten. Die weltweit hohe Nachfrage nach deutschen Investitionsgütern, die eine der Triebfedern für die rasche Erholung der Exporte war, schwächte sich weiter ab, die Ausfuhren von Investitionsgütern stagnierten im vierten Quartal nahezu. Die Lieferungen von Vorleistungsgütern legten dagegen in ähnli-

¹ Angaben über die Exporte nach Griechenland liegen für das vierte Quartal noch nicht vor.

chem Tempo zu wie im Vorquartal. Die Dienstleistungsexporte stiegen sogar kräftig an, nachdem sie im Vorquartal noch zurückgegangen waren.

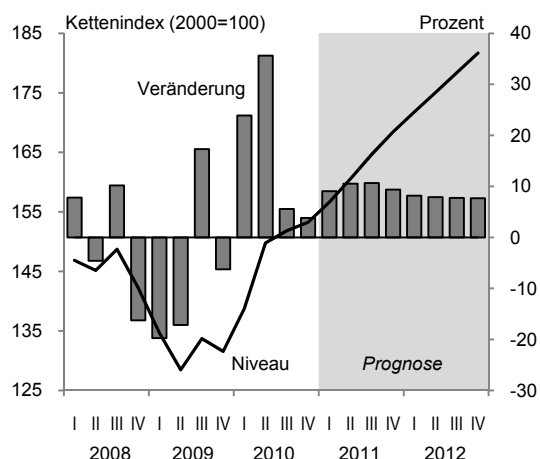
Abbildung 10:
Exporte 2008–2012



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Prognose des IfW.

Abbildung 11:
Importe 2008–2012



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

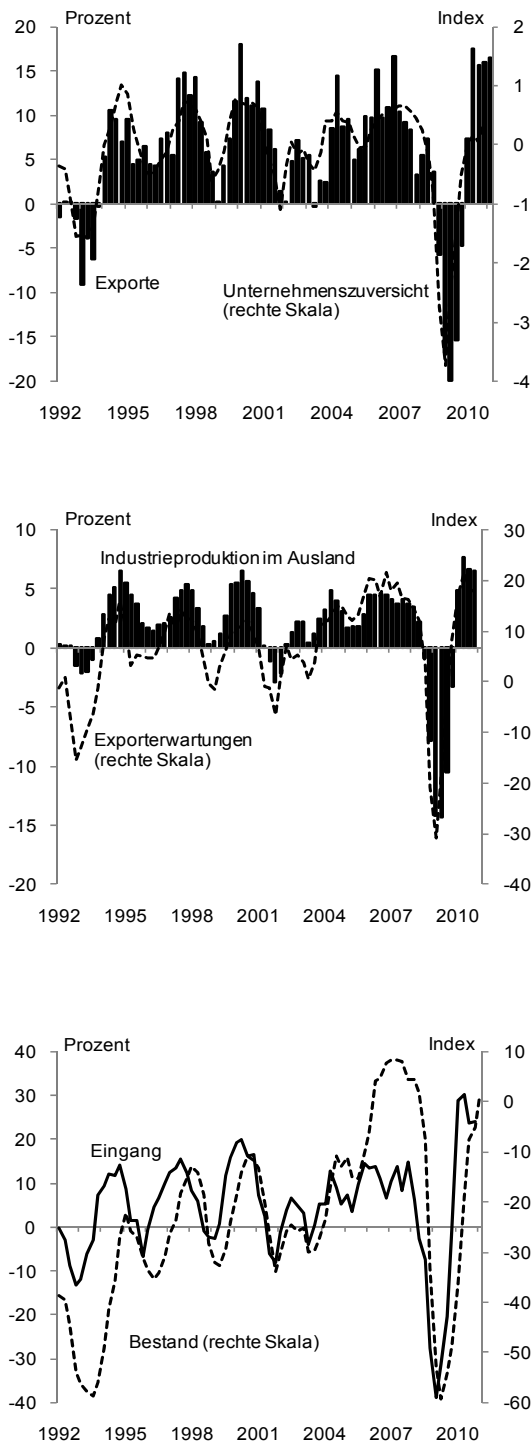
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Prognose des IfW.

Für das erste Quartal zeichnet sich eine weiterhin kräftige Ausweitung der Ausfuhren ab. Die Exporterwartungen und der von uns berechnete Frühindikator zur Unternehmenszuversicht in den Abnehmerländern sind zuletzt deutlich gestiegen, nachdem sie die leichte Abschwächung der Exportdynamik in den beiden vergangenen Quartalen im Vergleich zum ersten Halbjahr richtig angezeigt hatten (Abbildung 12). Gleichwohl erwarten wir keine spürbare Beschleunigung der Exportdynamik zum Jahresbeginn. So legten die Auftragseingänge aus dem Ausland zuletzt etwas langsamer zu. Zudem rechnen wir für den Beginn des Jahres mit einer nur leichten Belebung der Produktion in den Abnehmerländern (Boysen-Hogrefe et al. 2011b). Schließlich waren die Warenexporte des Spezialhandels von Oktober bis Dezember sogar leicht rückläufig.

Im weiteren Verlauf des Jahres wird sich die Expansion der Exporte zunächst etwas verlangsamen. So dürfte die Konjunktur im übrigen Euroraum, als bedeutendster Absatzregion, nach einem robusten Start ins neue Jahr, etwas abflachen. Auch in den Schwellenländern schwächt sich die konjunkturelle Dynamik wohl sukzessive ab, da die Wirtschaftspolitik in vielen dieser Länder dem zunehmenden Preisauftrieb wohl mit restriktiven Maßnahmen begegnen wird. Gleichwohl dürfte die Exportdynamik im laufenden Jahr hoch bleiben. Profitieren werden die deutschen Exporteure im laufenden Jahr dabei auch noch von der im vergangenen Jahr gestiegenen preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Alles in allem werden die Ausfuhren im laufenden Jahr wohl mit einer Rate von 10,3 Prozent zulegen.

Im Verlauf des kommenden Jahres dürfte sich die Konjunktur in wichtigen Absatzregionen wie dem übrigen Euroraum und den Vereinigten Staaten beleben und so die weiter nachlassende Nachfrage aus den Schwellenländer weitestgehend wettmachen. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wird sich wohl allenfalls geringfügig verschlechtern. Da der Überhang zu Jahresbeginn wohl wesentlich geringer ausfällt als im laufenden Jahr, wird sich aber für das

Abbildung 12:
Exportindikatoren 1991–2011



Quartalsdaten; Exporte, Industrieproduktion, Auftragseingang: preisbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorjahr; Auftragsbestand: preisbereinigt; Unternehmenszuversicht, Industrieproduktion: in 41 Ländern, gewichtet mit Anteilen am deutschen Export.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; Thomson Financial Datastream; ifo, *Konjunkturperspektiven*; eigene Berechnungen.

Gesamtjahr 2012 ein deutlich geringerer Anstieg der Exporte in Höhe von 6,6 Prozent ergeben.

Bei den Einfuhren machte sich im vierten Quartal die geringere Investitionstätigkeit der Unternehmen bemerkbar. So gingen die Importe von Investitionsgütern leicht zurück, nachdem sie in den Vorquartalen noch kräftig zugelegt hatten. Besonders die Käufe von Maschinen weiteten sich deutlich langsamer aus, während die Einfuhren von Kraftfahrzeugen mit einer laufenden Jahresrate von rund 30 Prozent in nahezu unverändert hohem Tempo expandierten. Auch die geringere Konsumdynamik spiegelte sich in der Importentwicklung wider, die Einfuhren von Konsumgütern gingen leicht zurück. Die Einfuhren von chemischen Erzeugnissen nahmen dagegen spürbar beschleunigt zu. Die Ausweitung der Lieferungen aus dem Euroraum verlangsamte sich besonders deutlich, sie stagnierten nahezu. Auch die Einfuhren aus der übrigen Europäischen Union weiteten sich spürbar langsamer aus. Die Importe aus China gingen das zweite Quartal in Folge zurück. Die Zuwächse der Einfuhren aus den OPEC-Ländern und aus Russland erhöhten sich dagegen.

Im ersten Quartal dürften die Importe etwas rascher expandieren, vor allem weil die Binnennachfrage spürbar anzieht. Im weiteren Verlauf des Jahres wird sich die Importdynamik dann wohl zunächst mit der Ausweitung der Binnennachfrage weiter beschleunigen. Im Jahresdurchschnitt rechnen wir mit einem Anstieg der Importe von 9,8 Prozent. Im Verlauf des kommenden Jahres dürften die Importe mit der etwas langsameren Ausweitung der Endnachfrage etwas schwächer expandieren. Für das Gesamtjahr rechnen wir mit einem Anstieg in Höhe von 8,3 Prozent.

Der Anstieg der Importpreise hat sich im vierten Quartal weiter verlangsamt. Die Importpreise erhöhten sich um 2,2 Prozent. Die Verteuerung von Energieträgern und Lebensmitteln dürfte durch die leichte Aufwertung des Euro seit Mitte des vergangenen Jahres etwas abgemildert worden sein. Zudem dürfte die Verlangsamung der weltwirtschaftlichen Aktivität im Herbst des vergangenen Jahres die

Preissetzungsspielräume der ausländischen Anbieter verringert haben. In der ersten Jahreshälfte wird sich die Beschleunigung des Preisanstiegs bei importierten Energieträgern, die gegen Ende des vergangenen Jahres eingesetzt hatte, bemerkbar machen. Darauf deuten auch die Importpreise für den Januar hin, die mit rund 20 Prozent kräftig zulegten, nachdem sie bereits im Dezember mit einer Jahresrate von 42 Prozent den stärksten Anstieg im wiedervereinigten Deutschland verzeichneten. Im weiteren Verlauf wird der Preisauftrieb wohl zunächst abnehmen. Im Jahresdurchschnitt dürften die Importpreise um 3,0 Prozent zulegen. Im Verlauf des kommenden Jahr dürfte vor allem der Preisauftrieb in den Schwellenländern dazu führen, dass die Importpreise weiter aufwärts gerichtet bleiben. Wir rechnen für das Gesamtjahr mit einem leichten Anstieg um 0,3 Prozent.

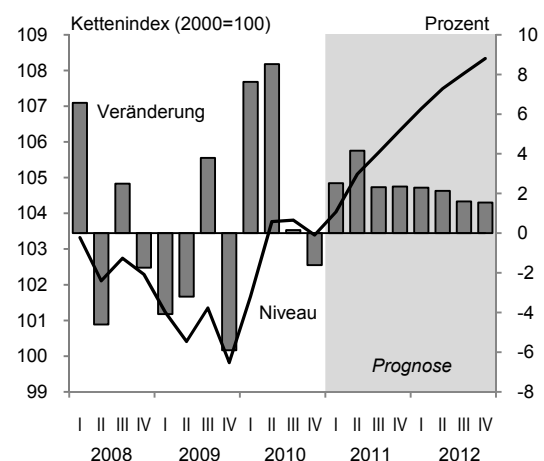
Auch bei den Exportpreisen hat sich die Aufwärtsdynamik im vierten Quartal abgeschwächt. Die Exportpreise legten um 1,5 Prozent zu. Im Prognosezeitraum dürften die Exportpreise zunächst weiter aufwärtsgerichtet sein, auch weil sich Vorleistungsgüter und Rohstoffe kräftig verteuern. Gleichwohl werden die Exporteure diese Preisanstiege wohl nur zum Teil an ihre Kunden weiterreichen und die Preise im Jahresdurchschnitt um 1,9 Prozent erhöhen. Im Jahr 2012 dürften die Exportpreise mit der zunehmenden Lohndynamik um 0,6 Prozent steigen. Folglich werden sich die Terms of Trade in diesem Jahr spürbar verschlechtern. Im kommenden Jahr dürften sich die Terms of Trade leicht verbessern.

Binnennachfrage: Investitionsaufschwung setzt sich fort

Die heimische Nachfrage zog im abgelaufenen Jahr um 2,5 Prozent an und hat damit zwei Drittel des Produktionsanstiegs der zurückliegenden vier Quartale absorbiert. Positive binnenwirtschaftliche Nachfrageimpulse waren

allerdings nur in der ersten Jahreshälfte zu verzeichnen, in der die letzte inländische Verwendung mit einer Jahresrate von über 4 Prozent so kräftig zulegte wie seit dem Wiedervereinigungsboom nicht mehr. Nach einer Stagnation im Sommer schrumpfte die heimische Absorption im Schlussquartal um 1,6 Prozent spürbar (Abbildung 13). Die unterjährige Entwicklung war maßgeblich von den Lagerdispositionen geprägt; einem positiven produktionswirksamen Expansionsbeitrag von 1,6 Prozentpunkte in der ersten Jahreshälfte stand ein fast gleich großer dämpfender Effekt von 1,4 Prozentpunkte in den letzten sechs Monaten gegenüber. Innerhalb der übrigen inländischen Verwendungskomponenten ging nicht nur die größte Dynamik, sondern auch der kräftigste Expansionsbeitrag von den Bruttoanlageinvestitionen aus; ihr Zuwachs von 6 Prozent entspricht einem Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung. Der Verbrauch legte demgegenüber nur um 0,9 Prozent zu (Expansionsbeitrag von 0,7 Prozentpunkte). Die Entscheidungen der öffentlichen Hand wirkten leicht dämpfend auf die gesamtwirtschaftliche Investitionstätigkeit, während zwei Drittel des Konsumzuwachses zusätzlichen staatlichen Verbrauchsausgaben geschuldet ist.

Abbildung 13:
Inlandsnachfrage 2008–2012



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Prognose des IfW.

Das Bild einer maßgeblich von den Anlageinvestitionen getragenen Binnennachfrage bleibt im Prognosezeitraum bestehen (Tabelle 3). Angesichts sich weiter anspannender Produktionskapazitäten, guter Absatzaussichten auf den Weltmärkten und eines weiterhin günstigen Finanzierungsumfeldes dürften die Unternehmensinvestitionen – allen voran die Ausrüstungsinvestitionen – weiter kräftig zulegen. Wir rechnen für das Jahr 2011 mit einem Anstieg um 9,1 Prozent und für das Folgejahr mit einem Zuwachs von gut 8 Prozent. Sieht man von witterungsbedingten Nachholeffekten in der ersten Hälfte dieses Jahres ab, so gehen von der staatlichen Investitionstätigkeit im Prognosezeitraum stark dämpfende Nachfrageeffekte aus; einem leichten Zuwachs von ½ Prozent in diesem Jahr steht ein Rückgang von 4 Prozent im nächsten Jahr gegenüber.

Tabelle 3:
Anlageinvestitionen 2009–2012

	2009	2010	2011	2012
Anlageinvestitionen	-10,1	6,0	7,0	5,8
Unternehmensinvestitionen	-15,5	7,8	9,1	8,3
Ausrüstungen	-22,6	10,9	13,5	11,7
Wirtschaftsbau	-4,5	1,9	0,4	0,5
Sonstige Anlagen	5,6	6,4	6,3	6,5
Wohnungsbau	-1,2	4,3	4,3	3,1
Öffentlicher Bau	5,0	-1,1	0,0	-4,5
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	-1,5	2,9	2,6	1,4

Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent.

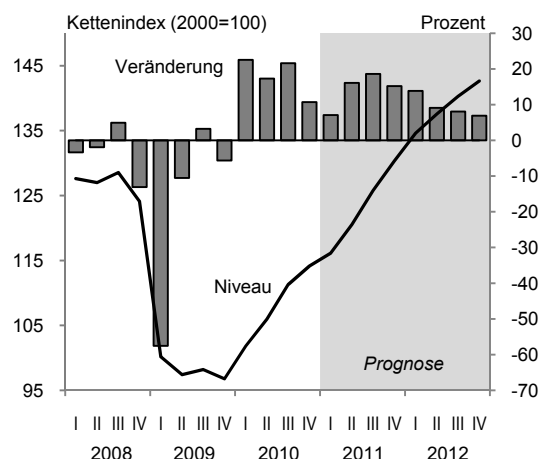
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; 2011 und 2012: Prognose des IfW.

Die privaten und öffentlichen Konsumausgaben dürften in beiden Jahren um gut 1 Prozent zulegen. Die privaten Expansionskräfte werden beim Verbrauch im Prognosezeitraum etwas stärker, die öffentlichen merklich schwächer ausfallen als im abgelaufenen Jahr. Hierzu trägt bei den privaten Haushalten vor allem die sich weiter aufhellende Arbeitsmarktlage bei.

Die *Investitionen in Ausrüstungen* haben in allen Quartalen des Vorjahres kräftig zugelegt, auch wenn die Dynamik gegen Ende des Jahres etwas nachgab (Abbildung 14). Gegenüber dem Krisenjahr 2009, in dem über 20 Prozent des

Investitionsvolumens wegbrachen, war eine Erholung um fast 11 Prozent zu verzeichnen – im Verlauf des Jahres 2010 ergab sich ein Zuwachs um knapp 18 Prozent. In preisbereinigter Rechnung reichte das Niveau der Investitionstätigkeit zuletzt an 90 Prozent des Spitzenwertes aus dem Vorkrisenboom heran.

Abbildung 14:
Ausrüstungsinvestitionen 2008–2012



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

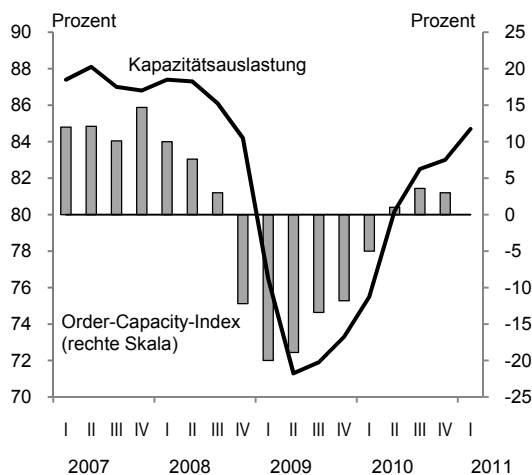
Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Prognose des IfW.

Der intakte Aufwärtstrend bei den Auftrags-eingängen für Investitionsgüter aus dem Inland deutet darauf hin, dass sich die kräftige Expansion der Ausrüstungsinvestitionen zunächst fortsetzen wird. Nach einer nahezu stagnierenden Entwicklung in den Sommermonaten zogen die Bestellungen im Schlussquartal des Vorjahres mit einer Jahresrate von über 20 Prozent wieder kräftig an.² Für eine zunächst weiterhin

² Fraglich ist, in welchem Ausmaß Vorzieheffekte am aktuellen Rand die insgesamt deutlich aufwärts gerichtete Investitionstätigkeit verwirbeln. Die Rückkehr zur linearen Abschreibung für bewegliche Anlagegüter zum 1. Januar 2011 lässt tendenziell eine kräftigere Investitionstätigkeit im Schlussquartal des Vorjahres und eine Dämpfung am Anfang des laufenden Jahres erwarten. Dieses Bild findet sich derzeit in der Auftragseingangs- und der Investitionsstatistik nicht klar wieder, was dafür spricht, dass die ohnehin eher geringen steuerlichen Vorteile einer vorgezogenen Investitionsmaßnahme von anderen Investitionsmotiven überlagert werden.

kräftige Investitionsdynamik spricht auch, dass die industriellen Produktionskapazitäten im laufenden Quartal erstmals seit zwei Jahren wieder normal ausgelastet sind; so lag die Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe im Februar bei 84,7 Prozent und damit erstmals seit der Großen Rezession über der Normalauslastung, die bei knapp 84 Prozent zu veranschlagen ist (Abbildung 15). Auch der Order-Capacity-Index der Deutschen Bundesbank, der den Auftragseingang in der Industrie ins Verhältnis zur Produktionskapazität setzt, war im Schlussquartal des vergangenen Jahres zum dritten Mal in Folge positiv, d.h. die Bestellungen übertrafen die Produktionsmöglichkeiten.³ Für den weiteren Prognosezeitraum deutet sich eine zunehmende Überauslastung ab; die von uns geschätzte gesamtwirtschaftliche Produktionslücke wird im Durchschnitt des laufenden Jahres leicht positiv sein. Im nächsten Jahr öffnet sie sich weiter; das prognostizierte Produktionsniveau übersteigt dann die geschätzten gesamtwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten bei Normalauslastung jahresdurchschnittlich

Abbildung 15:
Kapazitätsauslastung



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe.

Quelle: ifo, Konjunkturperspektiven; Deutsche Bundesbank, Monatsbericht.

³ Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, dass in den vorangegangenen sechs Krisenquartalen wesentlich weniger Aufträge hereingenommen als abgearbeitet werden konnten.

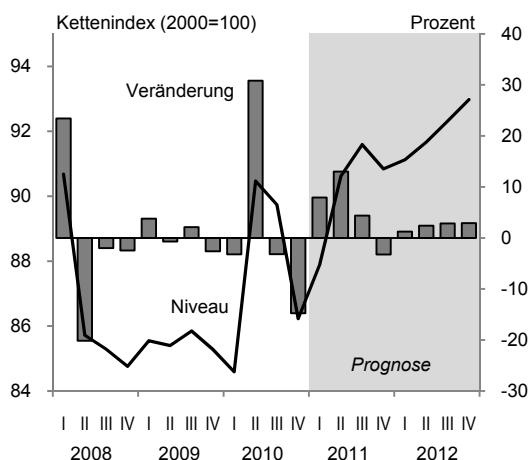
um 1/2 Prozent – mit steigender Tendenz. Der kontinuierliche Anstieg der Kapazitätsauslastung dürfte über das Ende des Prognosezeitraums noch anhalten, wenn auch mit nachlassendem Tempo (Boss et al. 2011).

Auch wenn sich die monetären Rahmenbedingungen seit unserer Prognose vom Dezember 2010 leicht eingetrübt haben, so sind doch die Kreditkonditionen für die Unternehmen derzeit immer noch ausgesprochen günstig, wodurch die Investitionstätigkeit angeregt wird. Bis zum Prognosehorizont rechnen wir allerdings mit einem steten moderaten Anziehen der für die Investitionsentscheidungen maßgeblichen Zinsen. Gleichzeitig schwächt sich die Gewinnentwicklung ab, wodurch die Investitionsdynamik tendenziell gedämpft wird.

Alles in allem prognostizieren wir für das laufende Jahr eine Expansion der Ausrüstungsinvestitionen um 13,5 Prozent. Im nächsten Jahr dürfte eine Zunahme von 11,7 Prozent folgen. Die Investitionsquote (Ausgaben für Ausrüstungsgüter in Relation zur Wirtschaftsleistung) steigt bis zum Prognosehorizont auf 8 Prozent und reicht damit nahe an das Niveau heran, das auf dem Höhepunkt des vorangegangenen Investitionszyklus beobachtet wurde.

Die *Bauinvestitionen* legten im abgelaufenen Jahr dank einer sprunghaften Expansion im zweiten Quartal um 2,9 Prozent zu (Abbildung 16). Aufgrund ungünstiger Witterungsbedingungen ist die aufwärts gerichtete Grundtendenz am Jahresende eingefroren. In der Folge gingen die investiven Bauleistungen im Schlussquartal um fast 15 Prozent zurück; da die widrigen Witterungsbedingungen zu Beginn des laufenden Jahres anhielten, ist mit einem Nachholen der im Winter nicht realisierbaren Bauinvestitionen nicht nur im ersten, sondern auch im zweiten Quartal zu rechnen (Kasten 2). Da die Kapazitäten in der Bauwirtschaft derzeit sehr angespannt sind – vor dem Kälteeinbruch wurde im November mit einem Auslastungsgrad von über 70 Prozent der höchste Wert seit dem Wiedervereinigungsboom gemessen –, dürften sich auch im dritten Quartal noch einige Nachholeffekte bemerkbar machen. Am Jahresende kann der mit dem Auslaufen der

Abbildung 16:
Bauinvestitionen 2008–2012



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Prognose des IfW.

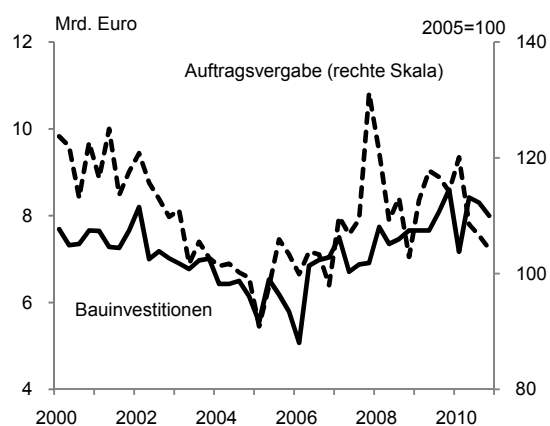
nachgeholten Baumaßnahmen verbundene Rückpralleffekt zu einem vorübergehenden Rückgang der Bauinvestitionen führen. Insgesamt rechnen wir für das laufende Jahr mit einem Anstieg der Bauinvestitionen um 2,6 Prozent. Im nächsten Jahr, in dem 3 Arbeitstage weniger zur Verfügung stehen, dürfte sich die Expansionsrate auf 1,4 Prozent verringern; arbeitstäglich bereinigt erhält man Zuwachsraten von 3 Prozent (2011) und 2 Prozent (2012).

Die privaten Bauherren bleiben – wie schon im Vorjahr – im gesamten Prognosezeitraum die Expansionsstreiber für die Bauinvestitionen. Der Wohnungsbau profitiert weiterhin von einer stabilen Arbeitsmarktentwicklung. Hinzu kommt – insbesondere im laufenden Jahr – ein äußerst günstiges Finanzierungsumfeld. Sowohl die Entwicklung der Baugenehmigungen als auch die Auftragseingänge deuten auf eine weiterhin sehr lebhaft Nachfrage hin, die – sobald es die Witterungsbedingungen zulassen – die Bauproduktion anregen dürfte. Für das laufende Jahr rechnen wir – begünstigt durch die Nachholeffekte im zweiten Quartal – mit einer Expansionsrate von 4,3 Prozent. Im nächsten Jahr dürften es gut 3 Prozent sein. Die Aufwärtstendenz, die im Jahr 2010 einsetzte, hält somit mit nur leicht verringertem Tempo an.

Deutlich weniger schwungvoll ist die erwartete Entwicklung im Wirtschaftsbau. Zwar dürfte die kräftige Ausdehnung der Ausrüstungsinvestitionen auch etwas auf die bauliche Investitionstätigkeit der Unternehmen ausstrahlen, insgesamt wird die Expansion mit Zuwachsraten um $\frac{1}{2}$ Prozent aber wohl sehr verhalten ausfallen.

Die Bauinvestitionen des Staates sind im Jahr 2010 um 1,1 Prozent gesunken, nach einem deutlichen Anstieg in den Jahren davor. Sie dürften im Prognosezeitraum – von Witterungseinflüssen abgesehen – zunächst rückläufig sein. Darauf deutet die Vergabe öffentlicher Aufträge an das Bauhauptgewerbe hin. Sie war in den vergangenen Monaten merklich abwärtsgerichtet (Abbildung 17); maßgeblich dafür war wohl, dass die Impulse aus den Konjunkturpaketen abnahmen (Kasten 3).

Abbildung 17:
Auftragsvergabe und Bauinvestitionen des Staates 2000–2010



Quartalsdaten; Bauinvestitionen: saison- und kalenderbereinigt in jeweiligen Preisen; Aufträge öffentlicher Arbeitgeber an das Bauhauptgewerbe: saisonbereinigte Werte.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*.

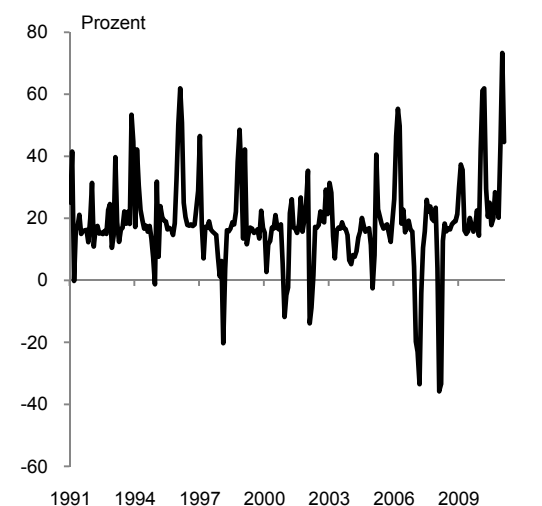
Erst im zweiten Halbjahr 2012 werden die öffentlichen Bauinvestitionen wohl wieder steigen, weil sich dann die Finanzlage der Gemeinden, des wichtigsten öffentlichen Investors, erheblich verbessert haben wird. Im Durchschnitt des Jahres 2012 dürften die Bauinvestitionen des Staates allerdings sinken, nach einer Stagnation im Jahr 2011.

Kasten 2:

Welchen Einfluss haben die Witterungsbedingungen auf die Bauinvestitionen?

Die Bautätigkeit ist stark von den Witterungsbedingungen abhängig. Zwar führen ungünstige Witterungsbedingungen in der Regel nicht zu dauerhaften Einbußen bei den Bauinvestitionen, sie können aber zu einem kräftigen Einbruch der Bauaktivität und danach zu einem kräftigen Nachholeffekt führen. Besonders deutlich wurde dies während des äußerst harten Winters 2009/2010, als die Bauinvestitionen während des Winterhalbjahrs mit laufenden Jahresraten von rund 3 Prozent sanken, dann aber im zweiten Quartal um 22,7 Prozent stiegen. Der Winter 2010/2011 war ähnlich wie der vorangegangene Winter äußerst hart und dürfte die Bautätigkeit wieder spürbar gebremst haben. Die Bauinvestitionen gingen im vierten Quartal um rund 15 Prozent zurück. Auch die Befragungen der Unternehmen durch das ifo-Institut deuten darauf hin, dass die Witterungsbedingungen sogar noch ungünstiger waren als im vergangenen Winter. So stieg der Index, der mit zunehmenden Werten ungünstigere Witterungsbedingungen für die Unternehmen anzeigt, auf seinen höchsten Wert seit der Wiedervereinigung (Abbildung K2-1).

Abbildung K2-1:
Witterungsbedingungen gemäß Unternehmensbefragungen 1991–2011



Monatsdaten, saisonbereinigt; Unternehmen des Bausektors, die die Witterungsbedingungen als ungünstig bezeichneten in Prozent.

Quelle: ifo, Konjunkturperspektiven.

Der Zusammenhang zwischen den Bauinvestitionen und den Witterungsbedingungen lässt sich auch empirisch belegen. Ein lineare Regression, in der die Zuwachsrate der Bauinvestitionen dy_t auf die Vorperiodenwerte, auf das Geschäftsklima der Bauwirtschaft $Klima_t$ gemäß den ifo-Befragungen und die Witterungsbedingungen WB_t für den Zeitraum von 1993 bis 2007 auf Basis von Quartalsdaten regressiert wird zeigt, dass die Witterungsbedingungen einen signifikanten Erklärungsbeitrag zur Bautätigkeit liefern:^a

$$dy_t = -14,18 - 0,003 Trend - 0,46 dy_{t-1} - 0,30 dy_{t-2} - 0,37 dy_{t-3} + 0,36 Klima_t - 0,18 Klima_{t-3} - 0,12 WB_t + 0,15 WB_{t-1} + u_t$$

(3,0)
(2,0)
(2,4)
(3,2)
(4,3)

(5,6)
(3,3)
(5,7)
(7,0)

t-Werte in Klammern, $R^2 = 0,71$.

Es zeigt sich, dass ungünstige Witterungsbedingungen kontemporär negativ auf die Zuwachsrate der Bauinvestitionen wirken. So verringert ein Index-Wert von rund 30, wie er im vierten Quartal 2010 erreicht wurde, die Zuwachsrate der Bauinvestitionen um rund 10 Prozentpunkte. Im Folgequartal kommt es dann jedoch zu einem Nachholeffekt in ähnlicher Größenordnung.

Für die Prognose der Bauinvestitionen in der ersten Jahreshälfte ist es vor dem Hintergrund der Witterungsbedingungen von besonderer Bedeutung, wann es zu einem Nachholeffekt kommt. Dazu ist zunächst festzuhalten, dass auf der einen Seite die Befragungen der Unternehmen zeigen, dass die Witterungsbedingungen im Januar besonders ungünstig waren – der Index erreichte mit einem Wert von 73,3 einen neuen Höchststand – und auch im Februar bei einem Wert von 44,6 noch relativ ungünstig waren, dass auf der anderen Seite die Produktion im Bauhauptgewerbe aber bereits im Januar wieder kräftig anzog. Für eine Prognose der Bauinvestitionen auf Basis des Modells unterstellen wir, dass sich die Witterungsbedingungen im März normalisieren und der Index der

Witterungsbedingungen auf seinen langjährigen Durchschnitt von 17 (1991–2008) zurückgeht und dieser Wert auch im zweiten Quartal gilt. Ferner unterstellen wir, dass das Geschäftsklima der Bauwirtschaft auf seinem Wert vom Februar in Höhe von 116,7 verbleibt. Das Modell prognostiziert auf Basis dieser Annahmen einen Anstieg der Bauinvestitionen im ersten Quartal in Höhe von 2,8 Prozent und im zweiten Quartal in Höhe von rund 30 Prozent, also einen Nachholeffekt vor allem für das zweite Quartal. Aufgrund der Erholung des Bauhauptgewerbes im Januar erwarten wir jedoch, dass sich der Nachholeffekt in etwa gleichmäßig auf die ersten beiden Quartale des laufenden Jahres verteilt.

^aIn der Regression werden nur Variablen berücksichtigt, die ein Signifikanzniveau von zumindest 10 Prozent aufweisen.

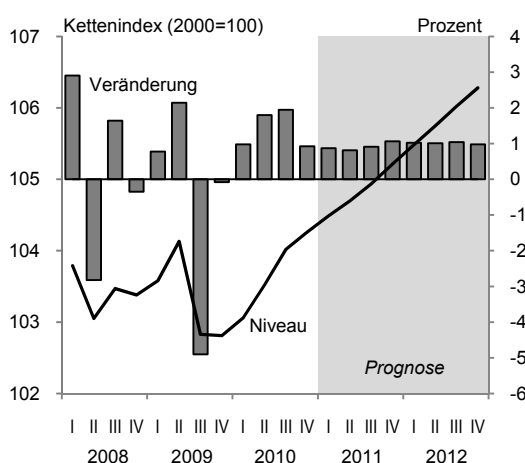
Die *privaten Konsumausgaben* legten im vergangenen Jahr um 0,4 Prozent zu (Abbildung 18). Diese angesichts des kräftigen konjunkturellen Aufschwungs niedrige Expansionsrate erklärt sich maßgeblich durch einen statistischen Unterhang von 0,5 Prozent, mit dem die Entwicklung im Krisenjahr 2009 das Jahresergebnis 2010 belastet. Im Verlauf des Jahres zog der private Verbrauch um 1,4 Prozent an – dies war der kräftigste Zuwachs seit vier Jahren. Im Frühjahr und Sommer zogen die Konsumausgaben mit laufenden Jahresraten von knapp 2 Prozent sogar sehr kräftig an; der starke Einbruch aus den Sommermonaten des Jahres 2009 ist damit aufgeholt. Im Schlussquartal hat sich die Konsumdynamik – trotz einer weiter

rückläufigen Sparneigung – mit einer laufenden Jahresrate von 0,9 Prozent wieder deutlich verlangsamt. Die Entwicklung der Einzelhandelsumsätze lässt eher nicht darauf schließen, dass es sich hierbei um einen witterungsbedingten Rückschlag handelte. Vielmehr ist davon auszugehen, dass die Entwicklung des privaten Verbrauchs nach dem kräftigen Aufholprozess in der Jahresmitte auf ihren normalen Expansionspfad eingeschwenkt ist.

Angesichts eines mäßigen Anstiegs der realen verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte – der wichtigsten Bestimmungsgröße für den privaten Verbrauch – erwarten wir eine nur verhaltene Expansion der privaten Konsumausgaben im Prognosezeitraum.

Im laufenden Jahr speisen sich die Einkommenszuwächse vor allem aus einer wieder günstigeren Entwicklung der Gewinn- und Vermögenseinkommen, die mit 5,9 Prozent recht kräftig zulegen (im Vorjahr waren es nur 1,8 Prozent). Die Lohn- und Gehaltssumme steigt netto (brutto) demgegenüber nur um 2,3 Prozent (2,6 Prozent). Da die monetären Sozialleistungen sogar leicht um 0,2 Prozent schrumpfen dürften, erhöhen sich die Masseneinkommen nur um 1,4 Prozent. Insgesamt steigt das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in nominaler Rechnung um 3,1 Prozent; nach Abzug der Teuerungsrate, die wir – gemessen am Deflator des privaten Konsums – für das laufende Jahr auf 2,1 Prozent veranschlagen, verbleibt eine Kaufkraftmehrung von 0,8 Prozent. Bei einer leicht nachgebenden Sparquote von 11,3 Prozent (Rückgang um 0,1 Prozentpunkte) ergibt sich im laufenden Jahr ein Anstieg der privaten Konsumnachfrage um 1,1 Prozent.

Abbildung 18:
Private Konsumausgaben 2008–2012



Quartalsdaten, preis-, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Prognose des IfW.

Kasten 3:

Zum Einfluss der Konjunkturpakete auf die Investitionen des Staates

Ende 2008 hatte die Bundesregierung Maßnahmen ergriffen, um die Konjunktur zu stützen; Anfang 2009 wurde ein zweites Konjunkturpaket beschlossen. Die beiden Konjunkturpakete beinhalten u. a. eine Aufstockung der Investitionen des Bundes sowie beträchtliche Anreize für die Länder und die Gemeinden, ihre Investitionen auszuweiten. Es war beabsichtigt, Investitionen in Höhe von insgesamt mehr als 19 Mrd. Euro anzustoßen (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2009: 47) und so zu erreichen, dass die öffentlichen Investitionen in den Jahren 2009 und 2010 zusammen um rund ein Viertel höher als sonst sind. Tatsächlich wurde im Frühjahr 2009 prognostiziert, dass die Bauinvestitionen preisbereinigt um 8 bzw. 16 Prozent und die Bruttoanlageinvestitionen in jeweiligen Preisen um 11 bzw. 15 Prozent steigen (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose 2009: 46–47; 96).

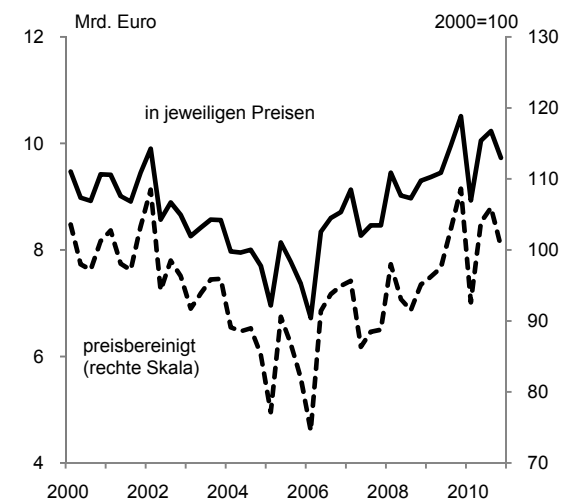
Die Bruttoanlageinvestitionen des Staates sind in den Jahren 2009 und 2010 um jahresdurchschnittlich 3 Prozent gestiegen.^a Die Zunahme war nur halb so groß wie in den Jahren 2006 bis 2008 (6,6 Prozent). Die vom Bund über den Investitions- und Tilgungsfonds für Investitionen der Länder und der Gemeinden bereitgestellten Mittel (10 Mrd. Euro) waren bis Ende 2010 nur zu reichlich der Hälfte „abgerufen“ worden (Deutsche Bundesbank 2011: 77; BMF 2011b: 9–10). Berücksichtigt man eine (kurze) Verzögerung zwischen der Produktionstätigkeit und dem Abfluss der Mittel, so dürften bis Ende 2010 Investitionen der Länder und Gemeinden in Höhe von 7 Mrd. Euro realisiert worden sein. Der Bund dürfte rund 2 Mrd. Euro investiert haben. Gleichzeitig sind aber offenbar Investitionen unterblieben, die außerhalb der Pakete getätigt werden. Wahrscheinlich sind Investitionen der Länder und Gemeinden, die ohnehin realisiert worden wären, formal im Rahmen der Pakete abgewickelt worden, um von der Subventionierung durch den Bund zu profitieren.^b Die Konjunkturpakete haben demnach nicht dazu geführt, dass entfallene private Konsum- und/oder Investitionsausgaben „ersetzt“ werden. Sie haben aber verhindert, dass die Bauinvestitionen in der Rezession gesunken sind (Abbildung K3-1).

Die vom Bund (über den „Investitions- und Tilgungsfonds“) bereitgestellten, aber noch nicht abgerufenen Fördermittel werden im Jahr 2011 in Anspruch genommen werden. Ein beträchtlicher Teil der vom Bund angeregten Investitionsprojekte der Länder und der Gemeinden wird erst in den Aufschwungjahren 2011 und 2012 produktionswirksam werden.

^a Der Anstieg wurde im Dezember 2010 durch die ungünstige Witterung beeinträchtigt. — ^b Dies wurde dadurch erleichtert, dass die ursprüngliche Regelung, dass es sich bei den vom Bund begünstigten Investitionsprojekten um zusätzliche Investitionen handeln muss, gelockert wurde.

Abbildung K3-1:

Bruttoanlageinvestitionen des Staates 2000–2010



Quartalsdaten; saison- und kalenderbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3.*

Das Expansionstempo des privaten Verbrauchs ist in beiden Prognosejahren annähernd gleich groß. Für das nächste Jahr erwarten wir eine Zuwachsrate von 1 Prozent bei einem Anstieg der verfügbaren Einkommen

von 2,8 Prozent in nominaler und gut 0,7 Prozent in realer Rechnung. Die Sparquote dürfte leicht auf 11,1 Prozent nachgeben. Innerhalb der Einkommensquellen der privaten Haushalte kommt es indes zu deutlichen Verschiebungen;

während sich der Anstieg der Gewinn- und Vermögenseinkommen mit 2,6 Prozent mehr als halbiert, ziehen die Löhne und Gehälter brutto wie netto mit 4,3 Prozent kräftig an. Anders als noch im laufenden Jahr speist sich dieser Zuwachs maßgeblich durch kräftige Effektivlohnsteigerungen (3,4 Prozent nach 0,4 Prozent im laufenden Jahr), während sich der Anstieg des von den Arbeitnehmern geleisteten Arbeitsvolumens, der im laufenden Jahr mit einem Zuwachs von 2,2 Prozent die Entwicklung der Arbeitseinkommen maßgeblich bestimmt, deutlich auf 0,8 Prozent abschwächen dürfte. Die monetären Sozialleistungen nehmen um 1,1 Prozent leicht zu.

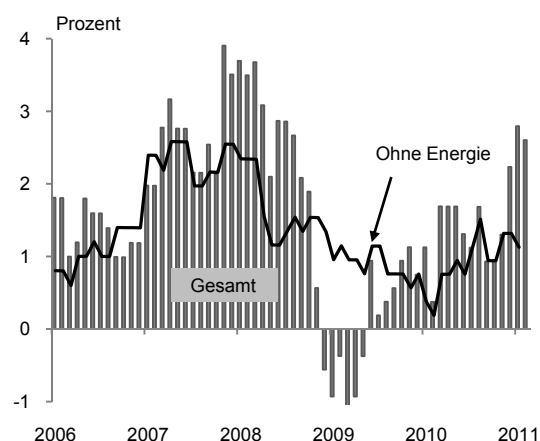
Preisaufrtrieb verstärkt sich

Der Verbraucherpreisanstieg hat sich in den vergangenen Monaten spürbar beschleunigt. Im Sechsmontatsvergleich legten die Preise im Februar mit einer laufenden Jahresrate von 2,6 Prozent zu (Abbildung 19). Die Inflationsrate lag bei 2,0 Prozent. Dabei geht der starke Preisanstieg hauptsächlich auf die Verteuerung von Energieträgern zurück. Die Preise für Energieträger stiegen im Januar und Februar um jeweils 10 Prozent (annualisiert) gegenüber sechs Monaten zuvor. Der Preisindex ohne Energie schwächte sich zuletzt sogar etwas ab. Dabei sanken die im Kernindex enthaltenen Nahrungsmittelpreise im Januar um annualisiert 0,7 Prozent gegenüber einem halben Jahr zuvor.

Im Prognosezeitraum dürfte sich der Verbraucherpreisanstieg weiter beschleunigen. Dazu trägt zum einen der starke Preisanstieg für Energieträger bei. Die starken Ölpreisanstiege zu Jahresanfang dürften im Verlauf des Jahres 2011 an die Verbraucher überwältigt werden. Zudem werden die anziehenden Warenimportpreise wohl vermehrt an die Verbraucher weitergegeben. Der Verteuerung der Einfuhrpreise dürfte allerdings nur temporärer Natur sein; die Kerninflationen in bedeutenden

Handelspartnerländern werden im Prognosezeitraum eher mäßig ausfallen. Von binnenwirtschaftlicher Seite wird der Preisaufrtrieb im Prognosezeitraum merklich stärker. Zwar werden die Lohnstückkosten in diesem Jahr wohl noch leicht sinken. Die Unternehmen dürften jedoch die deutliche Zunahme der Lohnstückkosten während der Großen Rezession mehr und mehr auf die Verbraucher überwälzen. Im Jahr 2012 dürften die Lohnstückkosten insbesondere durch höhere Lohnabschlüsse spürbar zulegen (2,4 Prozent). Die Unternehmen werden bei aufgehellten Geschäftserwartungen ihre Preissetzungsspielräume wohl nutzen, die durch die verbesserte Absatzlage entstanden sind.

Abbildung 19:
Verbraucherpreise 2006–2011



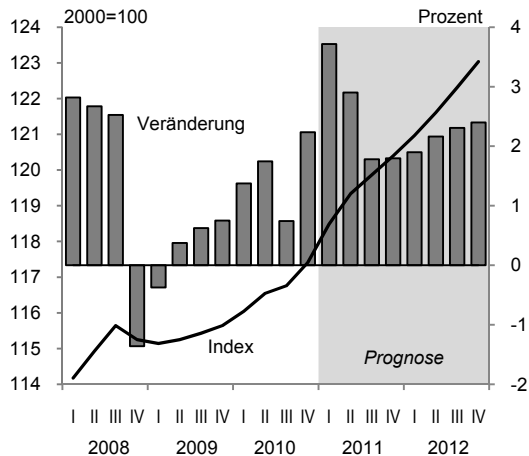
Monatsdaten, saisonbereinigt; Veränderung in den vergangenen sechs Monaten; Jahresrate.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*; eigene Berechnungen.

Insgesamt erwarten wir im Prognosezeitraum eine dauerhafte Erhöhung der Inflationsrate. Der Verbraucherpreisanstieg dürfte in diesem Jahresdurchschnitt 2011 2,3 Prozent betragen (Abbildung 20), wobei ein Großteil der Teuerung auf den Energiepreisanstieg zurückzuführen sein wird. Im kommenden Jahr dürfte die Inflationsrate, bei dann annahmegemäß konstanten Energiepreisen, im Jahresdurchschnitt bei 2,0 Prozent liegen. Die Kerninflationenrate wird sich dabei vor dem Hintergrund anziehender Lohnstückkosten spürbar beschleunigen. Sollte sich der Ölpreis jedoch dau-

erhaft erhöhen, ist mit einer deutlich höheren Inflationsrate zu rechnen (Kasten 4).

Abbildung 20:
Verbraucherpreise 2008–2012



Quartalsdaten, saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; Prognose des IfW.

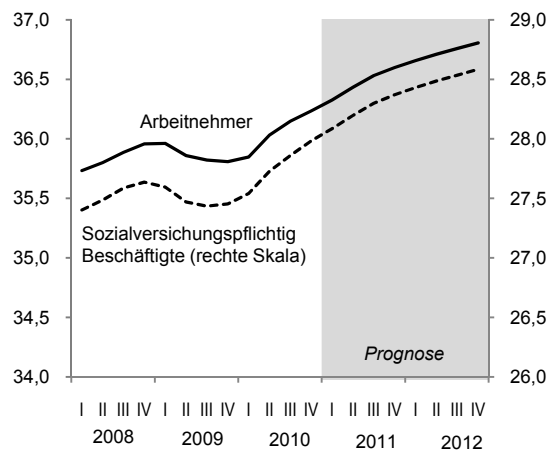
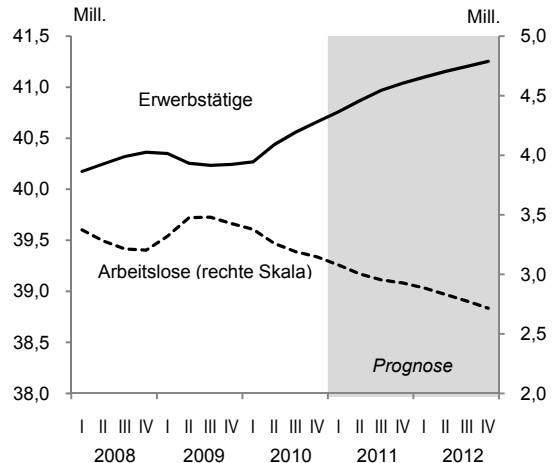
Steigende Beschäftigung, sinkende Arbeitslosigkeit

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die positive Entwicklung fortgesetzt. Die Zahl der Erwerbstätigen, die Zahl der Arbeitnehmer und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sind in den vergangenen Monaten kontinuierlich gestiegen (Abbildung 21). Die Vorkrisenniveaus wurden bereits vor rund einem Jahr überschritten, und mittlerweile werden (in saisonbereinigter Betrachtung) von Monat zu Monat neue Höchststände erreicht. So waren zuletzt 40,7 Mill. Personen erwerbstätig und 28,0 Mill. Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt.

Die Zahl der Kurzarbeiter ist weiter rückläufig (Abbildung 22). Im August waren insgesamt 244 000 Arbeitnehmer in Kurzarbeit. Im Dezember dürfte nach Hochrechnungen der Bundesagentur für Arbeit die Zahl der Personen in

konjunktureller Kurzarbeit bei 150 000 gelegen haben.

Abbildung 21:
Arbeitsmarkt 2008–2012



Quartalsdaten, saisonbereinigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*, Prognose des IfW.

Die Arbeitslosigkeit ist weiter gesunken. Im Februar waren saisonbereinigt 3,07 Mill. Personen arbeitslos gemeldet (Quote: 7,3 Prozent). Das Vorkrisenniveau wird bereits seit einem halben Jahr unterschritten. Hierbei ist allerdings die geänderte Zählweise im Zuge der Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente der Bundesagentur für Arbeit zu berücksichtigen, in deren Folge die registrierte Arbeitslosigkeit seit Mai 2009 niedriger ausfällt (Abbildung 23). Nach Herausrechnung dieses

Kasten 4:

Zum Einfluss eines Ölpreisanstiegs auf die Konjunktur

Der kräftige Preisanstieg für Rohöl im Zuge der politischen Ereignisse im arabischen Raum wirft die Frage auf, inwieweit die deutsche Konjunktur davon betroffen ist. Zuletzt erreichte der Preis für Rohöl der Sorte Brent 115 US-Dollar je Fass. Es deutet vieles darauf hin, dass ein persistenter Ölpreisanstieg langfristig zu einer Dämpfung des Wachstums führt und mit Preiserhöhungen einhergeht (vgl. Sachverständigenrat 2006). So haben Simulationen mit einem makroökonomischen Modell gezeigt, dass ein langfristiger 10-prozentiger Ölpreisanstieg das Produktionspotential in Deutschland um 0,15 Prozentpunkte senkt (Boss et al. 2008a). Wichtig ist aber auch das Ausmaß der konjunkturellen Wirkungen. A-priori ist es keinesfalls eindeutig, in welchem Ausmaß die Konjunktur belastet wird. So kommt es infolge eines Ölpreisanstiegs vor dem Hintergrund der verschlechterten Terms of Trade zwar zu Einkommensumverteilungen hin zu den ölexportierenden Ländern, die den privaten Konsum in Deutschland dämpfen. Die ölexportierenden Länder verwenden ihre Mehreinnahmen allerdings auch für zusätzliche Einfuhren und stimulieren so die deutschen Exporte (Boss et al. 2008b). So wies die bilaterale Handelsbilanz mit den ölfördernden Ländern im vergangenen Jahrzehnt vorwiegend einen Überschuss aus. Zudem zeigen empirische Studien, dass infolge der gesunkenen Energieintensität der deutschen Wirtschaft Ölpreisanstiege die konjunkturelle Entwicklung weniger stark belasten als noch vor 40 Jahren (Boss et al. 2008a). Ferner muss berücksichtigt werden, dass eine nachfragegetriebene Ölpreishaussage, wie im Vorfeld der Finanzkrise, wohl geringere negative Auswirkungen auf die Konjunktur hat als ein angebotsseitig bedingter Preisschub (Kilian 2009).

Im Folgenden wird anhand einer Energieimportrechnung analysiert, in welchem Ausmaß der Ölpreisanstieg die Energieimporte verteuert (Tabelle K4-1). Zudem wird anhand eines vektorautoregressiven (VAR) Modells der Einfluss von Verteuerungen auf das reale Bruttoinlandsprodukt und auf die Verbraucherpreise geschätzt.

Tabelle K4-1:

Energieimportrechnung

	2008	2009	2010	2011	2012
<i>Basisszenario</i>					
Erdöl					
Mrd. Euro	50,9	31,8	41,6	54,9	49,4
Mill. Tonnen	105,2	97,9	93,3	93,3	93,3
Veränderung gegenüber Vorjahr	-1,4	-6,9	-4,7	0	0
Durchschnittspreis in Euro pro Tonne	484,3	324,9	446,0	588,7	530,1
IEA-Importpreis in US-Dollar	96,70	61,18	76,89	105,5	95,0
Euro-Dollar-Kurs	1,34	1,46	1,32	1,38	1,38
Importpreis in Euro	71,9	41,9	58,2	76,4	68,8
Durchschnittspreis/Importpreis	6,7	7,8	7,7	7,7	7,7
Erdgas					
Mrd. Euro	25,9	20,6	21,2	28,0	25,2
Mill. Tonnen	3,5	3,6	3,7	3,7	3,7
Durchschnittspreis in Euro pro Tonne	7 450,0	5 794,0	5 725,0	7 556,2	6 804,1
Energieeinfuhren insgesamt					
In Mrd. Euro	76,87	52,38	62,84	82,9	74,7
In Prozent des nominalen BIP	3,1	2,2	2,5	3,2	2,8
<i>Risikoszenario</i>					
IEA-Importpreis in US-Dollar				125,0	150,0
Energieeinfuhren insgesamt					
In Mrd. Euro				99,0	117,9
In Prozent des nominalen BIP				3,8	4,4
Entzugseffekt					
in Mrd. Euro				19,1	43,2
in Prozent des nominalen BIP				0,7	1,6

Risikoszenario: Annahme, dass der Ölpreis im Jahr 2011 sukzessive auf 150 US-Dollar pro Fass steigt und im Jahr 2012 auf diesem Niveau verharrt.

Quelle: BAFA, *ausgewählte Statistiken*; MWV, *Mineralölzahlen*; BMWi, *Energiedaten*; Thomson Financial Datastream; eigene Berechnungen; 2011 und 2012: Prognose des IfW.

Um den Kaufkraftentzug für die privaten Haushalte durch Ölpreisanstiege zu ermitteln, erstellen wir zunächst eine Nettoenergierechnung (die Differenz zwischen den nominalen Energieeinfuhren und -ausfuhren), auf Basis einer Methode die in der Gemeinschaftsdiagnose (ARGE 2005: 37–38) verwendet wurde. In unserer Prognose unterstellen wir, dass der Ölpreis in der ersten Jahreshälfte auf einem erhöhten Niveau notiert und danach langsam sinkt. Zudem unterstellen wir, dass das Importvolumen in den Jahren 2011 und 2012 dem des Jahres 2010 entspricht. Änderungen der Verbrauchsgewohnheiten und der Energieintensität der Produktion sind somit nicht in der Rechnung enthalten. Die Rechnung ergibt, dass in diesem Jahr netto insgesamt 82,9 Mrd. Euro für Energieimporte aufgewendet werden müssen. Dies entspricht etwa 3,2 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Im Jahr 2012 dürften die Nettoenergieaufwendungen etwas niedriger ausfallen. In einem Risikoszenario, bei dem der Ölpreis im Prognosezeitraum auf 150 US-Dollar je Fass steigt, würde die Importrechnung in diesem Jahr um weitere 16 Mrd. Euro in diesem und um 43,2 Mrd. im nächsten Jahr erhöhen. Insgesamt entsprechen die Aufwendungen für Energieeinfuhren dann 3,8 Prozent bzw. 4,4 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts. Inwieweit die zusätzlichen Aufwendungen für Energie das Bruttoinlandsprodukt tatsächlich reduzieren, lässt sich anhand dieser Rechnung jedoch nicht abschätzen, da weder Energieeinsparungen noch die erhöhten Erlöse deutscher Exporteure mit in die Rechnung einfließen.

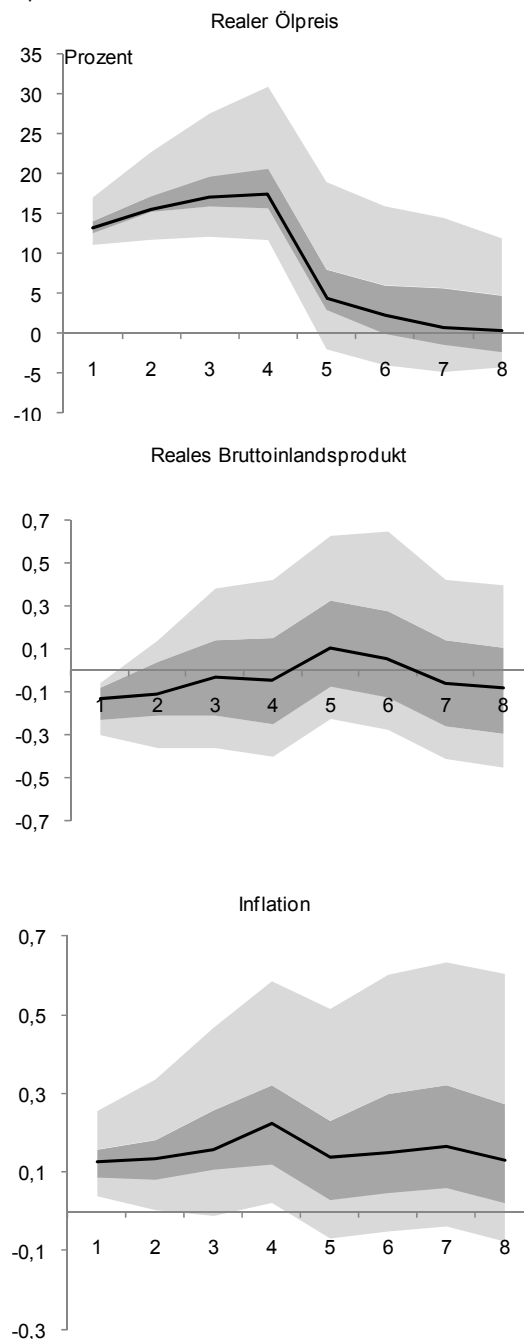
Um den Effekt des Ölpreisanstiegs auf das reale Bruttoinlandsprodukt sowie auf die Inflationsrate zu analysieren, wird im Folgenden ein VAR Modell herangezogen, welches über den Zeitraum 1992Q2 bis 2008Q1 geschätzt wird. Das Modell ist angelehnt an Jiménez-Rodríguez (2004); es wurde jedoch methodisch mit einem „steady-state prior“ erweitert und mit Hilfe des Gibbs Samplers bayesianisch geschätzt. Diese Erweiterung verbessert die Prognoseeigenschaft des Modells.^a Dabei nimmt das VAR-Modell folgende Form an:

$$\pi(L)(x_t - \psi d_t) = \varepsilon_t,$$

wobei $\pi(L)$ der Lag-Operator, x_t der Vektor der endogenen Variablen, und d_t ein Vektor mit deterministischen Trends und exogenen Variablen ist. Als endogene Variable des

Abbildung K4-1:

Impuls-Antwort Funktionen in Reaktion auf einen Ölpreisschock



Quartalsdaten; Impuls-Antwort-Funktion in Quartalen nach dem Schock; die grauen Schattierungen sind die 60- bzw. 90-prozentigen Konfidenzbänder.

Quelle: Statistisches Bundesamt, VGR; Thomson Financial Datastream; eigene Schätzungen.

Systems werden der reale Ölpreis (deflationiert mit dem Erzeugerpreisindex), das reale Bruttoinlandsprodukt, die Inflationsrate und die kurz- und langfristigen Zinsen mit jeweils 4 Verzögerten aufgenommen. Gemäß den Stationaritätstests werden die Variablen entweder in log-Differenzen oder in Niveaus in die Schätzung einbezogen. Die Wahl der „steady-state prior“ erfolgt über Referenzwerte aus der Literatur bzw. aus eigenen Schätzungen. So beträgt das Potentialwachstum für Deutschland unserer Schätzung zufolge 1,2 Prozent pro Jahr (Boss et al. 2011). Die „steady-state“ Inflationsrate wird auf 1,9 Prozent – das Inflationsziel der EZB – festgelegt. Für andere Variablen, für die weniger fundamentale langfristige Werte vorliegen, wird ein „diffuse prior“ angenommen. Dem Modell zufolge führt ein Ölpreisschock zu einer kurzfristigen Dämpfung des realen Bruttoinlandsprodukts in den ersten Quartalen (Abbildung K4-1). Auf einen realen Ölpreisanstieg in Höhe von 12 Prozent (Standardabweichung des realen Ölpreises) reduziert sich das Bruttoinlandsprodukt um etwa 0,15 Prozentpunkte. Der Effekt auf die Inflationsrate erreicht nach ca. einem Jahr den Höhepunkt; die Verbraucherpreise erhöhen sich dann um 0,2 Prozentpunkte. Kumuliert ist der Effekt auf das reale Bruttoinlandsprodukt nahe null. Die Verbraucherpreise liegen hingegen durch den Ölpreisanstieg im gesamten Prognosezeitraum höher als im Basisszenario.

Unter der Annahme konstanter Wechselkurse ergäbe sich dem Modell zufolge eine Daumenregel, die bei einem in Euro gerechneten Anstieg des realen Ölpreises um 10 Prozent, die gesamtwirtschaftliche Produktion um etwa 0,1 Prozentpunkte im ersten Jahr dämpfen und die Verbraucherpreise um 0,2 Prozentpunkte erhöhen würde. Bezieht man die Ergebnisse des Risikoszenarios (ein Anstieg der Ölpreise auf 150 US-Dollar im Laufe dieses Jahres) auf unsere Prognose, so ergäbe sich dem Modell zufolge eine Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts, die sowohl in diesem Jahr als auch im Jahr 2012 um 0,2 Prozentpunkte niedriger ausfallen würde als in unserem Basiszenario. Die Inflationsrate würde im Jahr 2011 anstatt bei 2,3 Prozent bei 2,7 Prozent und im Jahr 2012 anstatt bei 2,0 Prozent bei 2,3 Prozent liegen.

Die Schätzergebnisse liegen in einer ähnlichen Größenordnung wie die anderer empirischer und theoretischer Untersuchungen. So schätzt die EZB (2004) anhand verschiedener theoretischer Modelle, dass ein Anstieg des Ölpreises von 10 Prozent das reale Bruttoinlandsprodukt im Euroraum in einer Bandbreite von 0 bis 0,2 Prozentpunkten im ersten Jahr nach dem Schock gegenüber dem Szenario konstanter Energiepreise dämpft und dass sich die Verbraucherpreise um 0,1 bis 0,3 Prozentpunkte erhöht. Der Sachverständigenrat (2006) schätzt, dass die reale Verteuerung von Rohöl in den drei Jahren nach dem Schock die gesamtwirtschaftliche Produktion in Deutschland um 0,2 Prozentpunkte reduziert und die Inflationsrate im gleichen Zeitraum um durchschnittlich 0,2 Prozentpunkte höher liegt.

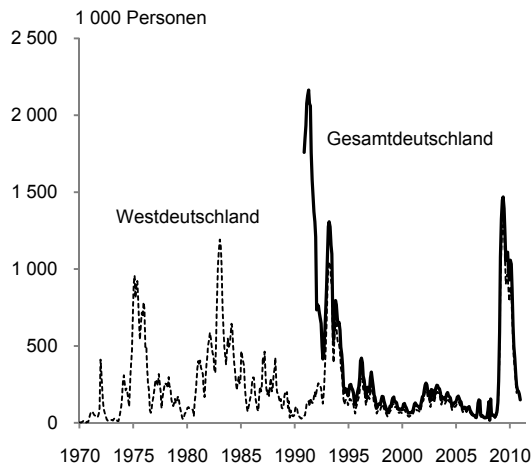
^aDie Methode wurde von Villani (2009) vorgeschlagen, um Informationen über langfristige Trends stärker zu gewichten. Für verschiedene Anwendungen der Methode siehe Österholm und Zettelmayer (2008), Christoffel et al. (2009) und Utlaut und van Roye (2010).

Effekts liegt die Zahl der Arbeitslosen bei 3,26 Mill. (Quote: 7,8 Prozent) und somit noch über dem Vorkrisenniveau.

Die Tariflohndynamik wird in diesem und im nächsten Jahr an Fahrt gewinnen. Während die letztjährigen Tarifabschlüsse noch im Zeichen der Beschäftigungssicherung als Reaktion auf die Krise gestanden hatten und daher sehr moderat ausgefallen waren, haben die Gewerkschaften in jüngster Zeit deutliche tabellenwirksame Erhöhungen gefordert. Der im September des vergangenen Jahres vereinbarte Tarifvertrag in der Stahlindustrie, der eine Lohnsteigerung von 3,6 Prozent vorsieht, könnte hierbei eine Vorreiterrolle einnehmen. Vor diesem Hintergrund erwarten wir einen Anstieg der Ta-

rifverdienste auf Stundenbasis von 2,0 Prozent in diesem und 2,7 Prozent im nächsten Jahr (Abbildung 24). Die effektiven Stundenlöhne dürften in diesem Jahr wieder steigen, nachdem sie in den vergangenen drei Quartalen aufgrund der gestiegenen Arbeitszeit gesunken waren; im Jahresdurchschnitt ergibt sich daher lediglich ein Zuwachs von 0,4 Prozent. Im weiteren Verlauf werden sich die Lohnsteigerungen wohl beschleunigen; der Anstieg dürfte im nächsten Jahr daher kräftig sein (3,4 Prozent). Die Stundenlohndrift wird damit im nächsten Jahr nach außergewöhnlich hohen negativen Werten in den Jahren 2010 und 2011 positiv sein.

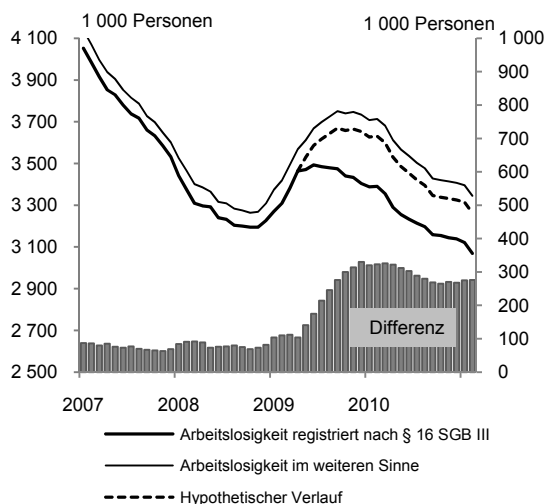
Abbildung 22:
Kurzarbeiter 1970–2010



Monatsdaten; bis Dezember 2008 Daten auf Basis von Betriebsmeldungen (bisheriges Erhebungsverfahren); ab Januar 2009 auf Basis von Abrechnungslisten (neues Erhebungsverfahren); ab Juni 2010 vorläufig und hochgerechnet (nur konjunkturelle Kurzarbeit).

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Zeitreihe zu Kurzarbeiter Deutschland*; Bundesagentur für Arbeit, *Arbeitsmarkt in Zahlen, Kurzarbeit – aktuelle Daten*.

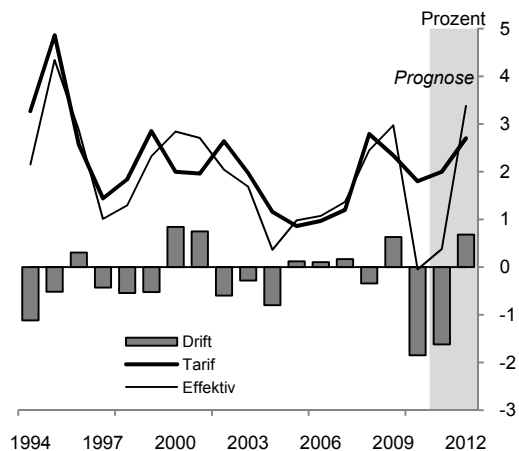
Abbildung 23:
Arbeitslosigkeit 2007–2011



Monatsdaten, saisonbereinigt. Hypothetischer Verlauf: Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne abzüglich durchschnittliche Differenz vor Umstellung der Statistik. Differenz: Arbeitslosigkeit im weiteren Sinne abzüglich Arbeitslosigkeit registriert nach § 16 SGB III.

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; eigene Berechnungen.

Abbildung 24:
Stundenlöhne 1994–2012



Jahresdaten; Veränderung gegenüber dem Vorjahr. Effektiv: Löhne und Gehälter je Arbeitnehmerstunde.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht*; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Prognosen des IfW.

Im Prognosezeitraum dürfte sich der Beschäftigungsaufbau fortsetzen. Zum einen bleiben die konjunkturellen Aussichten günstig. Zum anderen gehen trotz der zu erwartenden höheren Lohnsteigerungen in diesem und im kommenden Jahr weiterhin positive Impulse von der Lohnmoderation aus den Jahren vor der Krise auf die Arbeitsnachfrage aus (Boysen-Hogrefe und Groll 2010). Wir erwarten daher ein weiter steigendes Arbeitsvolumen, wenngleich die Zuwachsraten abnehmen dürften (Abbildung 25). Die Zahl der Erwerbstätigen und die der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten werden in der Folge zunehmen. In diesem Jahr dürften jahresdurchschnittlich 40,9 Mill. Personen erwerbstätig sein, im nächsten Jahr werden es wohl 41,2 Mill. sein (Tabelle 4). Das Erwerbspersonenpotential unterliegt in diesem und im nächsten Jahr Sondereinflüssen (Kasten 5). Zum einen endet im Mai dieses Jahres die Beschränkung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus den acht Beitrittsländern in Mittel- und Osteuropa. Zum anderen kommt es dieses und nächstes Jahr in einigen Bundesländern zu doppelten Abiturjahrgängen als Folge der Umstellung des gymnasialen Schulsystems von neun auf acht Jahre.

Produktion überschreitet die Normalauslastung – Expansion setzt sich verlangsamt fort

Tabelle 4:
Arbeitsmarkt 2008–2012 (1 000 Personen)

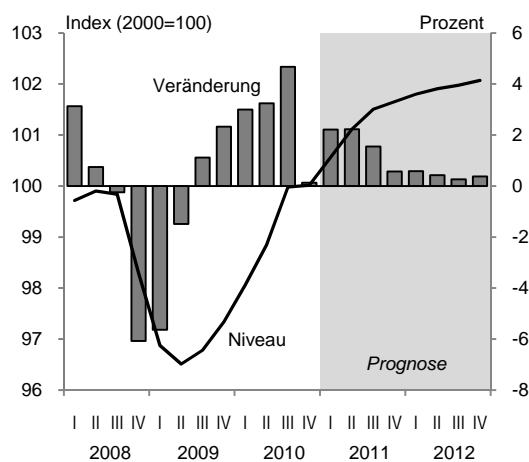
	2008	2009	2010	2011	2012
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Std.)	57 448	55 983	57 435	58 577	58 999
Erwerbstätige (Inland)	40 277	40 271	40 483	40 911	41 179
Selbständige	4 433	4 409	4 416	4 437	4 445
Arbeitnehmer (Inland)	35 843	35 862	36 067	36 474	36 734
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27 527	27 488	27 778	28 238	28 509
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4 865	4 906	4 891	4 923	4 929
Pendlersaldo	61	100	115	109	104
Erwerbstätige (Inländer)	40 216	40 171	40 369	40 801	41 075
Arbeitnehmer (Inländer)	35 783	35 762	35 952	36 365	36 630
Registrierte Arbeitslose	3 268	3 423	3 244	2 992	2 803
Arbeitslosenquote (Prozent)	7,8	8,2	7,7	7,1	6,7
Erwerbslosenquote (Prozent)	7,2	7,4	6,8	5,9	5,2

Selbständige: einschließlich mithelfender Familienangehöriger; Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Erwerbslosenquote: standardisiert nach dem ILO-Konzept.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; Bundesagentur für Arbeit, *Beschäftigungsstatistik*; 2011 und 2012: Prognose des IfW.

Unter Berücksichtigung dieser Sondereffekte rechnen wir mit knapp 3,0 Mill. Arbeitslosen (Quote: 7,1 Prozent) in diesem und knapp 2,8 Mill. (Quote: 6,7 Prozent) im nächsten Jahr.

Abbildung 25:
Arbeitsvolumen 2008–2012



Quartalsdaten, kalender- und saisonbereinigt; Veränderung gegenüber dem Vorquartal, Jahresrate.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Prognose des IfW.

Budgetdefizit des Staates sinkt kräftig

Der Anstieg der Ausgaben des Staates wird sich im Jahr 2011 – bereinigt um den Erlös aus der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen⁴ – wohl auf 0,4 Prozent abschwächen. So werden die Aufwendungen für Löhne, für Vorleistungen und für soziale Sachleistungen verlangsamt expandieren (Tabelle 5). Die monetären Sozialleistungen dürften angesichts der sich weiter bessernden Arbeitsmarktlage und einzelner Einsparmaßnahmen sogar etwas sinken.⁵ Die gesamten Ausgaben des Staates werden sich im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2011 wohl auf 45,2 Prozent belaufen, nach 46,6 Prozent im Jahr 2010 (Tabelle 6). Im Jahr 2012 dürften die Ausgaben um 1,9 Prozent und damit beschleunigt ausgeweitet werden; die konjunkturbedingten Minderausgaben dürften ab-

⁴ Die Bundesnetzagentur hat im Mai 2010 Mobilfunkfrequenzen versteigert und dabei 4,4 Mrd. Euro Erlöst. In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden Verkäufe nichtfinanzieller Vermögensgegenstände ausgabenmindernd verbucht.

⁵ Eine Rolle spielt auch, dass der Bund ab dem Jahr 2011 Rentenversicherungsbeiträge zugunsten der Empfänger des Arbeitslosengeldes II nicht mehr zahlen wird (Boss et al. 2010a: 73).

Kasten 5:

Arbeitnehmerfreizügigkeit, doppelte Abiturjahrgänge und Erwerbspersonenpotential

Im Folgenden wird untersucht, wie der Wegfall der Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit für acht Beitrittsländer aus Mittel- und Osteuropa und die Verkürzung der Schulzeit („doppelte Abiturjahrgänge“) in einigen deutschen Bundesländern das Erwerbspersonenpotential beeinflussen.

Am 1. Mai 2004 sind zehn Länder der Europäischen Union (EU) beigetreten: Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ungarn und Zypern. Den alten Mitgliedstaaten wurde es freigestellt, die Arbeitnehmerfreizügigkeit 7 Jahre lang nach der sogenannten „2+3+2“-Formel zu begrenzen (Malta und Zypern waren davon nicht betroffen). Die ersten 2 Jahre konnte ein Mitgliedstaat die Zuwanderung ohne Angabe von Gründen beschränken. Die Beschränkung konnte um 3 Jahre verlängert werden, sofern der EU-Kommission die Gründe dargelegt wurden. Eine erneute Verlängerung um 2 Jahre konnte nur erfolgen, wenn auf dem heimischen Arbeitsmarkt „schwere Störungen“ vorlagen oder drohten (SVR 2010: Ziffer 490). Deutschland und Österreich haben als einzige Staaten die volle Übergangsfrist ausgeschöpft, welche folglich am 1. Mai 2011 endet.

Baas und Brücker (2010) prognostizieren das Migrationspotential aus den acht Beitrittsländern in die fünfzehn alten EU-Länder (EU-15). Hierbei wird die EU-15 zunächst als homogenes Zielland behandelt. Auf Basis dessen wird unter verschiedenen Szenarien das Migrationspotential für Deutschland abgeschätzt. Erklärende Variablen der Prognosegleichung sind insbesondere der Einkommensunterschied zwischen Herkunfts- und Zielland und die Arbeitslosenquoten in beiden Ländern, aber auch institutionelle Regelungen, die die Migration betreffen.

Das Migrationspotential in die EU-15 sinkt demzufolge von rund 250 000 im Jahr 2010 auf rund 200 000 im Jahr 2012 (Tabelle K5-1). Das Migrationspotential für Deutschland wird abgeleitet, indem verschiedene Annahmen über den auf Deutschland entfallenden Anteil der Nettozuwanderung getroffen werden. Das hohe Szenario unterstellt, dass wie im Jahr 2000 rund 60 Prozent der Migrationsströme auf Deutschland entfallen. Im niedrigen Szenario liegt dieser Anteil hingegen bei 23 Prozent, der dem Wert aus dem Jahr 2009 entspricht. Da die konjunkturelle Dynamik am deutschen Arbeitsmarkt bis zuletzt und im Prognosezeitraum besser als in den meisten Beitrittsländern verläuft, erachten wir das hohe Szenario als das wahrscheinlichere. Die Berechnungen deuten demzufolge auf einen deutlichen Anstieg der Nettozuwanderung von 55 000 im vergangenen Jahr auf rund 130 000 in diesem und 120 000 im nächsten Jahr.

Tabelle K5-1:

Nettozuwanderung aus den acht mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern

	EU-15	Deutschland		
		60%	45%	23%
2010	247 583	56 944	56 944	56 944
2011	223 667	134 200	100 650	51 444
2012	202 332	121 399	91 050	46 536

Quelle: Ausschnitt aus Tabelle 11 in Baas und Brücker (2010: 39).

Um den Einfluss auf das Erwerbspersonenpotential abzuschätzen, ist zu beachten, dass die Zahlen sich auf die Bevölkerung insgesamt beziehen und somit z. B. Personen im Rentenalter und Kinder umfassen, die dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Im Jahr 2009 lag im Vereinigten Königreich und in Irland die Erwerbsquote dieser Zuwanderer bei rund 85 Prozent und somit über der Erwerbsquote der Inländer (Baas und Brücker 2010: Tabelle 7). Legt man diesen Wert für Deutschland zugrunde, so führt der Wegfall der Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit *ceteris paribus* zu einem Anstieg des Erwerbspersonenpotentials um rund 110 000 Personen in diesem und 100 000 im nächsten Jahr.

Zu doppelten Abiturjahrgängen als Folge der Umstellung des gymnasialen Schulsystems von neun auf acht Jahre („G8“) kommt es dieses Jahr in Bayern und Niedersachsen und nächstes Jahr in Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg und Bremen. Laut Statistischem Bundesamt befanden sich im Schuljahr 2009/2010 in Bayern 34 400 und Niedersachsen 23 000 „G8“-Schüler in der elften

Klasse, was unter der Annahme, dass alle Schüler versetzt werden und die Abiturprüfung bestehen, der zusätzlichen Zahl von Abiturienten in diesem Jahr entspricht. Im Jahr 2009 haben darüber hinaus in Bayern 55 Prozent und in Niedersachsen 39 Prozent der studienberechtigten Schulabgänger im gleichen Jahr ein Studium begonnen. Unterstellt man ferner, dass die gleichen Quoten für dieses Jahr gelten und dass kein Schüler im Abiturjahr und kein Student im ersten Semester arbeitet, so führen die doppelten Abiturjahrgänge *ceteris paribus* zu einem um knapp 30 000 Personen höheren Erwerbspersonenpotential in diesem Jahr. Nach derselben Vorgehensweise ergibt sich als Folge der doppelten Jahrgänge in den anderen Bundesländern für das nächste Jahr ein Wert von reichlich 31 000.

Alles in allem ergibt sich für das Erwerbspersonenpotential zusammen mit der Prognose des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB 2010), das ohne Berücksichtigung der hier diskutierten Einflüsse einen Rückgang von 115 000 erwartet, in diesem Jahr ein Anstieg von 25 000 Personen. Für das nächste Jahr rechnen wir hingegen wieder mit einem Rückgang, und zwar um 10 000.

^aGrund für den starken Rückgang war die beträchtliche Umlenkung der Zuwanderung durch die unterschiedliche Anwendung der Übergangsfristen. So haben im Gegensatz zu Deutschland das Vereinigte Königreich, Irland und Schweden ihre Arbeitsmärkte sofort geöffnet.

Tabelle 5:

Einnahmen und Ausgaben des Staates 2009–2012 (Mrd. Euro)

	2009	2010	2011	2012
Steuern	564,5	568,3	584,0	606,3
Sozialbeiträge	409,9	420,3	431,6	444,8
Sonstige Einnahmen	91,7	93,6	93,1	96,5
Einnahmen	1 066,0	1 082,1	1 108,7	1 147,6
Arbeitnehmerentgelt	177,6	181,8	185,6	189,9
Vorleistungen	111,3	116,3	118,9	121,3
Soziale Sachleistungen	196,6	204,2	210,2	218,2
Bruttoinvestitionen	39,3	39,0	39,6	38,8
Geleistete Vermögenseinkommen	62,2	59,8	61,2	64,4
Monetäre Sozialleistungen	443,5	450,6	449,3	453,6
Subventionen	31,5	33,0	32,3	32,3
Sonstige laufende Übertragungen	45,2	46,5	48,6	51,2
Vermögensübertragungen	32,8	38,8	28,5	26,9
Sonstige Ausgaben	-1,3	-5,7	-1,4	-1,4
Ausgaben	1 138,7	1 164,1	1 172,7	1 195,1
Finanzierungssaldo	-72,7	-82,0	-64,0	-47,5
Einnahmen der Gebietskörperschaften ohne Transfers von der Sozialversicherung	676,8	683,3	699,4	725,8
Transfers der Sozialversicherung an die Gebietskörperschaften	4,9	5,3	4,6	4,4
Einnahmen der Gebietskörperschaften	681,7	688,6	704,0	730,2
Ausgaben der Gebietskörperschaften ohne Transfers an die Sozialversicherung	636,8	653,5	658,4	670,1
Transfers an die Sozialversicherung	104,2	120,1	113,8	113,4
Ausgaben der Gebietskörperschaften	741,1	773,6	772,2	783,5
Finanzierungssaldo der Gebietskörperschaften	-59,3	-85,0	-68,2	-53,3
Einnahmen der Sozialversicherung ohne Transfers von den Gebietskörperschaften	389,3	398,9	409,4	421,9
Einnahmen der Sozialversicherung	493,5	518,9	523,2	535,3
Ausgaben der Sozialversicherung ohne Transfers an die Gebietskörperschaften	501,9	510,7	514,3	525,0
Ausgaben der Sozialversicherung	506,8	515,9	518,9	529,4
Finanzierungssaldo der Sozialversicherung	-13,3	3,0	4,3	5,9

Abweichungen der Summen rundungsbedingt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *interne Arbeitsunterlage*; eigene Berechnungen; 2011 und 2012: Prognose des IfW.

Tabelle 6:
Ausgaben, Einnahmen und Budgetsaldo des Staates 2002–2012

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Ausgaben	48,1	48,5	47,1	46,8	45,3	43,6	43,8	47,5	46,6 ^a	45,2	44,5
Einnahmen	44,4	44,5	43,3	43,5	43,7	43,8	43,9	44,5	43,3	42,7	42,7
Steuern	22,8	22,8	22,2	22,5	23,3	24,2	24,3	24,0	23,1	22,9	23,0
Sozialbeiträge	18,2	18,3	17,9	17,7	17,2	16,5	16,4	17,1	16,8	16,6	16,6
Sonstige Einnahmen	3,4	3,4	3,2	3,3	3,2	3,2	3,2	3,4	3,4	3,2	3,1
Budgetsaldo	-3,7	-4,0	-3,8	-3,3	-1,6	0,3	0,1	-3,0	-3,3	-2,5	-1,8

Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in Relation zum Bruttoinlandsprodukt; Steuern einschließlich der Erbschaftsteuer und der der Europäischen Union zustehenden Steuern, sonstige Einnahmen ausschließlich Erbschaftsteuer und nach Abzug der EU-Steuern. Abweichungen der Summen rundungsbedingt. — ^aDie Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunkfrequenzen (4,4 Mrd. Euro) sind als negative Ausgaben berücksichtigt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.4*; Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.5*; Statistisches Bundesamt (2010); Statistisches Bundesamt, *interne Arbeitsunterlage*; eigene Berechnungen; 2011 und 2012: Prognose des IfW.

nehmen, und die Einsparmaßnahmen werden im Vorjahresvergleich wohl geringer als im Jahr 2011 ausfallen. Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt dürften die Staatsausgaben im kommenden Jahr 44,5 Prozent betragen.

Die Einnahmen des Staates werden im Jahr 2011 beschleunigt expandieren. Das Steueraufkommen wird konjunkturbedingt und wegen der Steuererhöhungen wohl um 2,8 Prozent steigen. Das Beitragsaufkommen dürfte um 2,7 Prozent zunehmen. Zum einen wird die Lohnsumme, die wesentliche Bemessungsgrundlage des Beitragsaufkommens, weiter steigen. Zum anderen wird sich die Belastung durch Sozialversicherungsbeiträge zum Jahresbeginn 2011 erhöhen, weil der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung von 2,8 auf 3 Prozent und der in der gesetzlichen Krankenversicherung von 14,9 auf 15,5 Prozent angehoben werden; allerdings wird die Insolvenzgeldumlage, durch die das Insolvenzgeld finanziert wird, im Jahr 2011 nicht erhoben.⁴ Im Jahr 2012 werden die gesamten Einnahmen des Staates wohl um 3,5 Prozent steigen.

Das Budgetdefizit des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnun-

gen dürfte in den Jahren 2011 und 2012 infolge der Abgabenerhöhungen und der Einsparmaßnahmen sowie der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung um insgesamt rund 35 Mrd. Euro sinken. Im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt wird es dann wohl 2,5 bzw. 1,8 Prozent betragen, nach 3,3 Prozent im Jahr 2010. Die Finanzlage der Sozialversicherung wird sich in den Jahren 2011 und 2012 infolge der weiter rückläufigen Arbeitslosigkeit entspannen. Auch werden einzelne Sozialleistungen der Bundesagentur für Arbeit gekürzt. Allerdings wird der Zuschuss des Bundes im Jahr 2011 kräftig reduziert. Insgesamt dürfte das Budget der Sozialversicherung einen geringen Überschuss aufweisen.

Das Budgetdefizit des Staates könnte in beiden Jahren aus zwei Gründen geringer als hier prognostiziert ausfallen. Zum einen könnten im Jahr 2011 aufgrund einer Vereinbarung mit der Schweiz sowie eines neuen Doppelbesteuerungsabkommens mit der Schweiz mehrere Milliarden Euro in die Staatskasse fließen (Boss et al. 2010b: 55). Zum anderen macht der Bund im Zusammenhang mit der verspäteten Einführung der streckenbezogenen Lkw-Maut Forderungen gegen das Toll-Collect-Konsortium und deren Konsorten Daimler Financial Services AG und Deutsche Telekom AG in Höhe von 6,7 Mrd. Euro (inklusive Zinsen) geltend. Er verlangt Schadensersatz (entgangene Maut-Einnahmen) und fordert (aufgrund von Verletzungen des Maut-Betreibervertrags) Vertragsstra-

⁴ Dies mindert das Beitragsaufkommen um fast 3 Mrd. Euro. Die Umlage war für das Jahr 2010 auf 0,41 Prozent des maßgeblichen Arbeitsentgelts festgesetzt worden (2009: 0,1 Prozent). Die Ausgaben für Insolvenzgeld waren aber deutlich geringer als geplant. Mit den überschüssigen Mitteln werden die Ausgaben für Insolvenzgeld im Jahr 2011 bestritten (Bundesrat 2010).

fen ein. In welchem Ausmaß der Bund seine Ansprüche gegen das beklagte Konsortium bzw. die beklagten Konsorten durchsetzen kann, hängt vom weiteren Verlauf des schiedsgerichtlichen Verfahrens ab. Eine Zahlung im Prognosezeitraum ist möglich.

Die öffentliche Verschuldung ist im Jahr 2010 kräftig gestiegen; im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt betrug sie 83,5 Prozent. Zum Anstieg der Schulden trug bei, dass sich Baden-Württemberg an dem Energieversorgungsunternehmen EnBW beteiligte. Wichtiger war, dass nach der Gründung der Abwicklungsanstalten für Teile der Hypo Real Estate Holding AG und der WestLB Risikoaktiva und Verbindlichkeiten in den Staatssektor transferiert wurden (Deutsche Bundesbank 2011: 63). So hat die Hypo Real Estate Holding AG „Risikopapiere“ ausgelagert und dafür Forderungen erhalten, denen Verpflichtungen der Bad Bank in Höhe von 189,6 Mrd. Euro gegenüberstehen.⁵ Diese Verpflichtungen werden als öffentliche Schulden betrachtet, denen allerdings Forderungen gegenüberstehen. Diese werden aber wohl teilweise abgeschrieben werden müssen.

Die öffentlichen Schulden werden in den Jahren 2011 und 2012 infolge der Neuverschuldung des Bundes, der Länder und der Gemeinden weiter steigen; die Neuverschuldung wird aber geringer als im Jahr 2010 ausfallen. Ferner nehmen die Schulden zu, weil Deutschland Griechenland über die KfW-Bankengruppe weitere Tranchen eines Kredits in Höhe von insgesamt 22 1/2 Mrd. Euro gewähren wird; Grundlage dafür ist der im Mai 2010 geschaffene „Europäische Stabilisierungsmechanismus“, der an Bedingungen (insbesondere Konsolidierungsaufgaben) geknüpfte Kredite ermöglicht. Zudem steigt die Verschuldung, weil Irland von einer neuen Zweckgesellschaft, deren Fremdkapital durch Garantien von EWU-Staaten abgesichert wird, Kredit erhalten wird;⁶

⁵ Dies sind 7,6 Prozent im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt.

⁶ Die erste Tranche wurde im Januar 2011 ausbezahlt.

der auf Deutschland entfallende Teil zählt zu den öffentlichen Schulden.

Ausblick: Kapazitätsauslastung nimmt weiter zu

Die konjunkturellen Aussichten bleiben günstig. Im Prognosezeitraum wird die deutsche Wirtschaft weiterhin spürbare Impulse vom Außenhandel erhalten. Das viel kritisierte „Exportmodell“ bedeutet eben auch, dass die deutschen Unternehmen besonders stark von der hohen Nachfrage in den Schwellenländern, welche die Weltkonjunktur in den vergangenen zwei Jahren getrieben haben und auch künftig hohe Expansionsraten aufweisen, profitieren werden. Dabei spielen die hohe Präsenz der deutschen Unternehmen in diesen Ländern sowie der große komparative Vorteil bei der Produktion von Investitionsgütern eine Rolle. Auch in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften wird sich die Investitionskonjunktur allmählich festigen. Generell kommt den Exporteuren die hohe internationale Wettbewerbsfähigkeit zugute, auch wenn diese sich wohl nicht mehr, wie in den Vorjahren, verbessern wird.

Bezüglich der Binnenkonjunktur ist bedeutsam, dass sich der Arbeitsmarkt als ungewöhnlich robust erwiesen hat, vor allem dank der lange Zeit andauernden Lohnzurückhaltung und der Flexibilität bei der geleisteten Arbeitszeit (Boysen-Hogrefe und Groll 2010). Insofern werden die Konsumausgaben gestützt, zumal die privaten Haushalte nicht stark überschuldet sind, was in einer Reihe von anderen Ländern den Konsum bremst. In jüngster Zeit kam als expansiver Impuls für die Inlandsnachfrage hinzu, dass die Finanzierungsbedingungen in Deutschland besonders günstig sind. Die Leitzinsen der EZB sind niedriger, als es der konjunkturellen Situation und der Preisentwicklung hierzulande angemessen wäre. Dies wird auch dann noch gegeben sein, wenn, wie wir unterstellen, die EZB den Leitzins demnächst anhebt.

Alles in allem rechnen wir damit, dass die günstige Auslandsnachfrage nach deutschen Produkten und die Anregungen durch die Geldpolitik zu einem breit angelegten Aufschwung beitragen. Die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung dürfte weitere zwei Jahre steigen.⁷

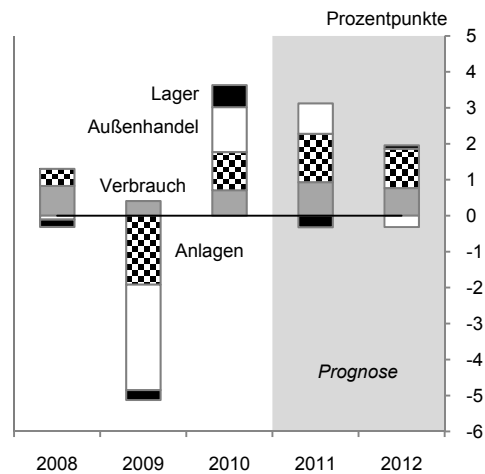
Im laufenden Jahr werden die Unternehmensinvestitionen vor dem Hintergrund des kräftigen Anstiegs der Gewinne und der günstigen Finanzierungsbedingungen deutlich anziehen, wie es für diese Phase eines Aufschwungs typisch ist, in der die Kapazitätsauslastung ihr Normalniveau erreicht. Zudem werden die Wohnungsbauinvestitionen durch die nach wie vor niedrigen Hypothekenzinsen angeregt. Die weitere Besserung der Lage am Arbeitsmarkt wird dazu beitragen, dass die privaten Konsumausgaben stärker zunehmen als im Vorjahr. Bremsend wirkt allerdings, dass sich der Preisauftrieb beschleunigt.

Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in diesem Jahr um 2,8 Prozent zunehmen. Dabei wird die Verlaufsrate mit schätzungsweise 2,4 Prozent niedriger sein als im Jahr 2010 (Tabelle 7). Der größte Expansionsbeitrag dürfte von der Inlandsnachfrage kommen (Abbildung 26). Aber auch vom Außenhandel gibt es einen positiven Beitrag, der allerdings mit 0,7 Prozentpunkten deutlich niedriger ausfällt als im Vorjahr. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahresdurchschnitt etwas weniger als 3 Mill. betragen und damit das Niveau im Vorjahr um knapp 300 000 Personen unterschreiten. Die Inflationsrate dürfte mit 2,3 Prozent spürbar höher sein als im Jahr 2010.

Bei der Prognose besteht eine Unsicherheit, die wir anhand von Konfidenzintervallen dargestellt haben. Die Spanne, in der die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2011 mit 95-prozentiger Wahrscheinlichkeit liegt, reicht von 1,4 bis 4,2 Prozent (Abbildung 27).

Im kommenden Jahr dürfte die Weltkonjunktur leicht an Schwung verlieren (Boysen-

Abbildung 26:
Verwendungsseitige Expansionsbeiträge 2008–2012



Jahresdaten, preisbereinigt (Lundberg-Komponenten).

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; eigene Berechnungen; Prognose des IfW.

Hogrefe et al. 2011b). Daneben wird sich das Expansionstempo der inländischen Verwendung etwas verlangsamen. Nach und nach dürften endogene Kräfte wirksam werden, welche die Konjunktur dämpfen oder zumindest weniger anschieben. Zwar werden die Finanzierungsbedingungen günstig bleiben, aber mit der erwarteten Zinserhöhung durch die EZB wird der Impuls von geldpolitischer Seite kleiner. Zudem verstärkt sich der zugrundeliegende Preisauftrieb. Dazu trägt bei, dass die Lohnkosten rascher zulegen als im Vorjahr. Zwar entsteht dadurch kein ausgeprägter Kostendruck, doch werden die Gewinnmargen etwas geringer, und die Beschäftigung wird von der Seite der Arbeitskosten nicht mehr so stark angeregt wie in den Vorjahren. Für das Jahr insgesamt rechnen wir mit einer Zunahme des Bruttoinlandsprodukts um 1,6 Prozent (Tabelle 8). Die Arbeitslosigkeit dürfte auf knapp 2,8 Millionen sinken, und die Verbraucherpreise werden voraussichtlich um 2 Prozent steigen.

⁷ Dabei wird die Wachstumsrate des Produktionspotentials auf reichlich 1 Prozent geschätzt. Vgl. dazu sowie zur Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung in der mittleren Frist Boss et al. (2011).

Produktion überschreitet die Normalauslastung – Expansion setzt sich verlangsamt fort

Tabelle 7:

Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2010–2012

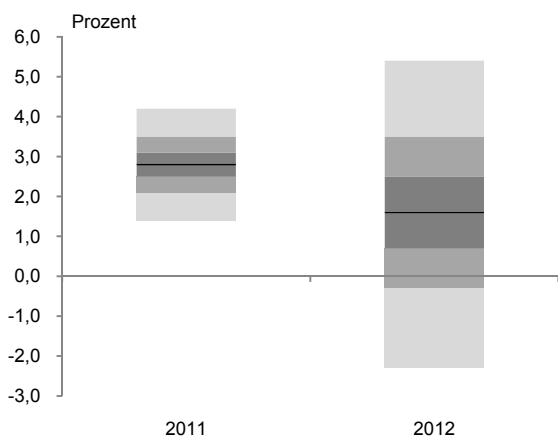
	2010				2011				2012			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Bruttoinlandsprodukt	2,6	9,2	2,8	1,5	2,9	3,3	1,9	1,8	1,7	1,8	1,7	1,6
Private Konsumausgaben	1,0	1,8	1,9	0,9	0,9	0,8	0,9	1,1	1,0	1,0	1,0	1,0
Konsumausgaben des Staates	7,7	-4,1	6,0	2,2	0,0	0,9	2,3	1,3	0,4	1,0	0,8	2,5
Ausrüstungsinvestitionen	22,6	17,3	21,6	10,7	7,1	16,1	18,6	15,2	13,9	9,1	8,1	6,9
Bauinvestitionen	-3,2	30,8	-3,2	-14,8	7,9	13,0	4,4	-3,2	1,2	2,4	2,8	2,9
Sonstige Anlagen	1,9	8,2	6,4	6,9	5,7	6,2	6,1	6,5	6,6	6,6	6,6	6,6
Vorratsveränderungen	3,9	3,6	-3,3	-1,9	0,4	0,8	-0,6	0,5	0,2	0,2	-0,2	-0,5
Inländische Verwendung	7,6	8,5	0,2	-1,6	2,5	4,2	2,3	2,4	2,3	2,1	1,6	1,5
Ausfuhr	9,1	34,0	11,1	10,2	9,2	7,8	8,7	7,4	6,5	6,5	7,3	7,3
Einfuhr	23,9	35,6	5,6	3,8	9,0	10,5	10,7	9,4	8,2	7,9	7,7	7,7
Außenbeitrag	-4,4	1,1	2,7	3,0	0,5	-0,6	-0,3	-0,4	-0,4	-0,3	0,1	0,2
Erwerbstätige, Inland	40 268	40 438	40 560	40 660	40 759	40 869	40 969	41 039	41 099	41 154	41 204	41 254
Arbeitslose	3 378	3 259	3 190	3 146	3 078	3 003	2 953	2 928	2 886	2 831	2 776	2 716

Preis-, kalender- und saisonbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent, Jahresrate; Vorratsveränderungen, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Erwerbstätige, Arbeitslose: 1 000 Personen; Arbeitslose: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3*; Bundesagentur für Arbeit, *Monatsbericht*; 2011 und 2012: Prognose des IfW.

Abbildung 27.:

Prognoseintervalle für die Zunahme des Bruttoinlandsprodukts 2010 und 2011



Bruttoinlandsprodukt: preisbereinigt; prognostizierter Anstieg (Linie) und Prognoseintervall (grau hinterlegte Flächen) bei Irrtumswahrscheinlichkeiten von 66, 33 und 5 Prozent (basierend auf Prognosefehlern des Instituts für Weltwirtschaft jeweils im ersten Quartal der Jahre 1994–2008).

Quelle: Eigene Berechnungen.

Bei der Prognose gibt es verschiedene Risiken:

- Aktuell ist infolge der Spannungen im arabischen Raum der Preis für Rohöl deutlich gestiegen. Die Auswirkungen auf die Konjunktur würden spürbar, wenn der Preis erheblich zulegte und längere Zeit auf einem höheren Niveau bliebe, als in dieser Prognose unterstellt (Kasten 4). Durch einen solchen Angebotsschock würde sich nicht nur die Produktion für die Unternehmen verteuern, so dass die Investitionstätigkeit beeinträchtigt würde. Auch würde sich der Preisauftrieb nennenswert verstärken, und die erwartete Erholung der privaten Konsumausgaben wäre gefährdet.

Tabelle 8:

Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung 2009–2012

	2010	2009	2010	2011	2012
	Mrd. Euro	Vorjahresveränderung in Prozent			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		-4,7	3,6	2,8	1,6
Private Konsumausgaben		-0,2	0,4	1,1	1,0
Konsumausgaben des Staates		2,9	2,3	1,4	1,1
Anlageinvestitionen		-10,1	6,0	7,0	5,8
Ausrüstungsinvestitionen		-22,6	10,9	13,5	11,7
Bauinvestitionen		-1,5	2,9	2,6	1,4
Sonstige Anlagen		5,6	6,4	6,3	6,5
Vorratsveränderung		-0,3	0,6	-0,2	0,1
Inländische Verwendung		-1,9	2,5	2,1	2,1
Ausfuhr		-14,3	14,1	10,3	6,6
Einfuhr		-9,4	12,6	9,5	8,1
Außenbeitrag		-2,9	1,2	0,8	-0,3
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	2 498,8	-3,4	4,2	4,0	3,4
Private Konsumausgaben	1 444,7	-0,2	2,4	3,3	3,1
Konsumausgaben des Staates	486,7	5,0	3,1	2,4	2,9
Anlageinvestitionen	448,1	-10,3	6,0	7,6	6,3
Ausrüstungsinvestitionen	170,0	-23,3	9,9	12,3	10,7
Bauinvestitionen	249,8	-0,6	4,0	4,9	3,3
Sonstige Anlagen	28,3	-1,4	1,4	3,0	3,7
Vorratsveränderung (Mrd. Euro)		-27,3	-11,0	-17,0	-13,9
Inländische Verwendung	2 368,6	-1,9	3,9	3,7	3,8
Ausfuhr	1 146,4	-16,9	17,1	12,4	7,2
Einfuhr	1 016,1	-15,5	18,1	12,8	8,5
Außenbeitrag (Mrd. Euro)		118,5	130,2	142,6	138,6
Bruttonationaleinkommen	2 531,9	-3,6	4,2	4,0	3,4
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		1,4	0,6	1,1	1,8
Private Konsumausgaben		0,0	2,0	2,1	2,1
Konsumausgaben des Staates		2,1	0,7	1,0	1,8
Ausrüstungsinvestitionen		-0,9	-0,8	-1,0	-0,9
Bauinvestitionen		0,9	1,2	2,2	1,9
Sonstige Anlagen		-6,7	-4,7	-3,2	-2,6
Ausfuhr		-3,0	2,7	1,9	0,6
Einfuhr		-6,8	4,9	3,0	0,3
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		0,3	1,1	2,2	2,0
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	1 901,3	-4,2	6,1	4,4	3,7
Arbeitnehmerentgelt	1 259,7	0,2	2,8	2,6	4,1
in Prozent des Volkseinkommens (Lohnquote)		68,4	66,3	65,1	65,3
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	641,6	-12,6	13,4	7,9	3,1
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1 595,9	-1,0	2,7	3,1	2,8
Sparquote (Prozent)		11,1	11,4	11,3	11,1
Effektivlohn, Stundenbasis		2,9	-0,1	0,4	3,4
Lohnstückkosten, Stundenbasis		5,7	-1,1	-0,5	2,3
Produktivität, Stundenbasis		-2,2	1,0	0,8	0,9
Arbeitslose (1 000)		3 423	3 244	2 992	2 803
Arbeitslosenquote (Prozent)		8,2	7,7	7,1	6,7
Erwerbstätige, Inlandskonzept (1 000)		40 271	40 483	40 911	41 179
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. Euro		-72,7	-81,7	-64,0	-47,5
in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (Prozent)		-3,0	-3,3	-2,5	-1,8
Öffentliche Schulden (Prozent)		73,4	83,5	83,5	83,1

Vorratsveränderung, Außenbeitrag: Lundberg-Komponente; Arbeitslose, Arbeitslosenquote: Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; Öffentliche Schulden: in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2*; 2011 und 2012: Prognose des IfW.

- Die Staatsschuldenkrise im Euroraum schwelt weiter. Bislang scheint dies die Erwartungen der Unternehmen kaum zu beeinträchtigen. Dies würde sich jedoch ändern, sollte sich die Lage erneut zuspitzen. Es ist nicht auszuschließen, dass eines der hochverschuldeten Länder seinen Schuldendienst einstellt. Dies könnte – da die Politik darauf vermutlich nicht vorbereitet ist – zu Turbulenzen an den Finanzmärkten führen. Gravierende Folgen für die Konjunktur ergäben sich dann, wenn in der Folge die Zinsen auf breiter Front anzögen. Eine ähnliche Unsicherheit besteht hinsichtlich der hohen Staatsverschuldung in anderen fortgeschrittenen Staaten.
- Günstiger als prognostiziert würde die Konjunktur verlaufen, wenn die Impulse seitens der Geldpolitik kräftiger sein sollten als erwartet. Nach wie vor ist es schwierig einzuschätzen, wie stark sich die weltweit hohe Liquidität auf die Nachfrage auswirken wird. Von daher kann das Expansionstempo in der Weltwirtschaft erneut positiv überraschen. Auch ist es möglich, dass die EZB – etwa aus Rücksicht auf die schwache Konjunktur oder die Schuldenprobleme in den Ländern der Peripherie – die Zinswende in die Zukunft verschiebt. Dann wären die geldpolitischen Impulse stärker als von uns unterstellt. Allerdings wäre auch damit zu rechnen, dass sich die Inflation rascher beschleunigt und die Konjunktur später umso stärker gedämpft werden müsste, um das Ziel der Preisniveaustabilität zu sichern.

Literatur

- ARGE (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.) (2005). Die Lage der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft im Herbst 2005. Essen.
- Baas, T., und H. Brücker (2010). Wirkungen der Zuwanderungen aus den neuen mittel- und osteuropäischen EU-Staaten auf Arbeitsmarkt und Gesamtwirtschaft. WISO-Diskurs. September. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2010). Bundeshaushalt 2011. Gesetzentwurf der Bundesregierung für ein Haushaltsbegleitgesetz 2011. Via Internet (2. Dezember 2010) <http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_3378/DE/BMF__Startseite/Aktuelles/Aktuelle__Gesetze/Gesetzentwuerfe__Arbeitsfassungen/20100901-HHbegl__anl,templateId=raw,property=publicationFile.pdf>.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2011a). Gesetzentwurf der Bundesregierung. Steuervereinfachungsgesetz 2011. Via Internet (3. Februar 2011) <http://www.bundesfinanzministerium.de/nr_32890/DE/BMF__Startseite/Aktuelles/Aktuelle__Gesetze/Referentenentwuerfe/20102012-Steuervereinfachungsgesetz,templateId=raw,property=publicationFile.pdf>.
- BMF (Bundesministerium der Finanzen) (2011b). Finanzwirtschaftliche Lage. *Monatsbericht* (Januar): 7–12.
- Boss, A., J. Dovern, C.-P. Meier und J. Scheide (2008a). Deutsche Konjunktur. Leichte Rezession absehbar. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Herbst 2008. Kieler Diskussionsbeiträge 456/457. IfW, Kiel.
- Boss, A., J. Dovern, K.-J. Gern, N. Jannsen, C.-P. Meier, B. van Roye und J. Scheide (2008b). Ursachen der Wachstumsschwäche in Deutschland 1995–2005. Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik 2. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Boss, A., J. Boysen-Hogrefe, D. Groll, N. Jannsen, S. Kooths, B. van Roye und J. Scheide (2010a). Deutschland: Nach dem Zwischenspur langsamere Gangart der Konjunktur. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Herbst 2010. Kieler Diskussionsbeiträge 483/484. IfW, Kiel.

- Boss, A., J. Boysen-Hogrefe, D. Groll, N. Jannsen, S. Kooths, B. van Roye und J. Scheide (2010b). Deutschland: Aufschwung verlangsamt sich – Schuldenkrise bleibt ein Risiko. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur und deutsche Konjunktur im Winter 2010*. Kieler Diskussionsbeiträge 486/487. IfW, Kiel.
- Boss, A., D. Groll, M. Kappler, S. Kooths, A. Sachs und J. Scheide (2011). Mittelfristprojektion für Deutschland: Potentialwachstum bleibt moderat – Kapazitäten bleiben angespannt. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Deutsche Konjunktur im Frühjahr 2011*. Kieler Diskussionsbeiträge 490/491. IfW, Kiel. In Vorbereitung.
- Boysen-Hogrefe, J., und D. Groll (2010). The German Labour Market Miracle. *National Institute Economic Review* 214: R38–R50.
- Boysen-Hogrefe, J., D. Groll, B. van Roye und J. Scheide (2011a). Konjunktur im Euroraum kommt nur schwer in Fahrt. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur im Frühjahr 2011*. Kieler Diskussionsbeiträge 488/489. IfW, Kiel. In Vorbereitung.
- Boysen-Hogrefe, J., Gern, K.-J., N. Jannsen, B. van Roye und J. Scheide (2011b). Weltkonjunktur bleibt vorerst kräftig. Institut für Weltwirtschaft (Hrsg.), *Weltkonjunktur im Frühjahr 2011*. Kieler Diskussionsbeiträge 488/489. IfW, Kiel. In Vorbereitung.
- Bundesrat (2010). Verordnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Verordnung zur Festsetzung des Umlagesatzes für das Insolvenzgeld für das Kalenderjahr 2011. *Drucksache* 714/10 vom 5. November.
- Christoffel, K., G. Coenen und A. Warne (2010). Forecasting with DSGE Models. ECB Working Paper Series 1185. European Central Bank, Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (2011). *Monatsbericht*. Februar. Frankfurt am Main.
- IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) (2010). Der Arbeitsmarkt schließt an den vorherigen Aufschwung an. IAB-Kurzbericht 18/2010. Nürnberg.
- EZB (Europäische Zentralbank) (2004). Die Ölpreise und die Wirtschaft im Euro-Währungsgebiet. *Monatsbericht* (November): 55–69.
- Jiménez-Rodríguez, J., und M. Sánchez (2004). Oil Price Shocks and Real GDP Growth. ECB Working Paper Series 362. European Central Bank, Frankfurt am Main.
- Kilian, L. (2009). Not All Oil Price Shocks Are Alike: Disentangling Demand and Supply Shocks in the Crude Oil Market. *American Economic Review, American Economic Association* 99 (3): 1053–69.
- Österholm, P., und Zettelmayer (2008). The Effect of External Conditions on Growth in Latin America. *IMF Staff Papers, Palgrave Macmillan Journals* 55 (4): 595–623.
- Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2009). *Im Sog der Weltrezession*. Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2009. Essen.
- Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2006). *Die Chance nutzen – Reformen mutig voranbringen*. Jahresgutachten 2006/2007. Wiesbaden.
- Sachverständigenrat (Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung) (2010). *Chancen für einen stabilen Aufschwung*. Jahresgutachten 2010/2011. Wiesbaden.
- Utlaut, J., und B. van Roye (2010). The Effects of External Shocks on Business Cycles in Emerging Asia: A Bayesian VAR Model. Kieler Arbeitspapiere 1668. Institut für Weltwirtschaft, Kiel.
- Villani, M. (2009). Steady-state Priors for Vector Autoregressions. *Journal of Applied Econometrics* 24 (4): 630–650.